H 8040 F
Nummer 40
Mai/Juni 96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

...emand und führt zum Frieden ! ...müssen weg, Denn nur der Sturz ...leben, dann muss

Deshalb macht Schluss mit dem aussichtslosen Blutvergiessen! Verweigert Hitler den Gehorsam!

Kameraden wendet Euch in Eurem Stützpunkt gegen diejenigen, die Euch für Hitler sinnlos verbluten lassen wollen. Entwaffnet sie !

Stellt den Kampf ein und streckt die Waff... Gebt Euch gefangen und rettet ... für die deutsch...

Nehmt überall sof... der Bewe...

OFFIZIERE, SOLDATEN UND MATROSEN
DEUTSCHE IN DÄNEMARK
MACHT SCHLUSS!

Vor uns liegen die letzten Tage des Krieges. Deutschlands Heere sind zer... und zersplittert. Die Naziherrschaft ist gebrochen. In Berlin, Mün... kämpfen die Soldaten, Volkssturmmänner, Arbeiter und ... gegen die Verderber unserer Heimat,



WIR DUERFEN DEN HENKERN NICHT LAENGER GEFOLGSCHAFT LEISTEN !

51 Jahre nach der Zerschlagung der Nazi-Herrschaft:

Deserteure noch immer nicht rehabilitiert!

Sind Soldaten keine Mörder ?

Aus dem Inhalt: Interview mit Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur) • NF-Prozeß in Braunschweig • Wahlauswertung • NPD-Aussteiger • Serie: Kapital und Neo-Faschismus • Burschenschaft Germania • NHB •

...ion in die Katastrophe ...längern, wollen ...issen. Um ihr eigenes Leben wollen das ganze ... das deutsche Volk, die deutsche Nation stürzem. Das darf nicht geschehen ! ...alb müssen Hitler und seine Kriegstreiber fallen. Deshalb ... dieser Krieg beendet werden, weil er sich ... wollen sie die ganze deutsche ... will leben! ...essen des deutschen Volkes ... Frieden ...

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 4582904
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Schwerpunkt dieser 40. Ausgabe von DER RECHTE RAND sind die allgegenwärtigen Bestrebungen in Deutschland, den historischen Faschismus in Vergessenheit geraten zu lassen bzw. zu verdrängen. Trotz aller Mühen ihrer Organisationen ist eine offizielle Anerkennung von Wehrmachtsdeserteuren nicht in Sicht. Im Gegenteil: Sie werden hingehalten, sollen allerhöchstens mit ein paar müden Mark abgespeist werden, und letztendlich wird das „Problem" auf die bekannte Art ausgesessen. Vielleicht solange, bis keiner dieser Männer, die sich dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg entzogen haben, mehr am Leben ist. Ihnen gebürt Entschädigung und Rehabilitation. Das Gegenteil von „Aussitzen" erleben wir mit der Umgestaltung der Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Wenn sich nicht entschiedener Widerstand regen wird, stellen sich zwei Varianten für ihre Zukunft dar: Entweder sie zerfallen und bieten Bauplatz für neue Supermärkte, oder sie werden in einer Weise umgestaltet, die nichts, aber auch gar nichts mehr, mit der Möglichkeit des Gedenkens an die Opfer des deutschen Faschismus zu tun hat. Die Unterschiede der Varianten sind nicht groß. Außer mit den aktuellen Bestrebungen um die Verdrängung des historischen Faschismus beschäftigen wir uns wieder mit den Organisationsbestrebungen der (Neo-)Faschisten, aktuellen Prozessen und mit der „Braunzone" - dem gar nicht so offensichtlichen Einfluß, den Faschisten, bzw. faschistisches Gedankengut in Staat und Gesellschaft der BRD haben. Im Moment arbeiten wir an der Aktualisierung des Registers unserer Zeitschrift. Das Register umfaßt alle Namen und Organisationen, die im RECHTEN RAND Nr. 1 bis 40 genannt werden und die dazugehörige Ausgabe. Es ist als Diskette oder Papierausdruck ab Anfang Juli 1996 bei uns zu beziehen. Kostenpunkt: 10,- DM. Bestellungen nehmen wir jetzt schon entgegen. Die nächste Ausgabe unserer Zeitschrift erscheint Anfang Juli; Redaktionsschluß ist der 12. Juni 1996.

Aufruf

Vom **15.-23. Juni 1996** soll die 6. „Hetendorfer Tagungswoche" im faschistischen Schulungszentrum Hetendorf 13 stattfinden.(Der Rechte Rand berichtete ausführlich über das Zentrum und die antifaschistischen Aktivitäten dagegen) Um sie zu verhindern ruft das Bündnis gegen Rechts zu dezentralen Aktionen in allen Städten und Regionen im Vorfeld auf. Ziel ist es, so viel Druck gegen die ReferentInnen, TeilnehmerInnen und einladenden Organisationen aufzubauen, daß die Hetendorfer Tagungswoche abgesagt wird. Das Bündnis gegen Rechts ruft weiter zu einer Blockade des Anfahrtswochenendes 15./16. Juni und zu Aktionen gegen die Sommersonnenwende in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni auf.
Wenn Ihr mehr Informationen haben wollt, wendet Euch bitte an das:
Bündnis gegen Rechts c/o Initiative gegen Hetendorf 13; • Kornstr. 28/30; 30167 Hannover; Fax. 0511/1616711 • Konto: Info-Treff, Stichwort: 1995, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30, KontoNr.: 384862-302

Termine

24. - 27. Mai 1996 Antifaschistisches Pfingstworkcamp im ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück mit Diskussionsrunden mit ehemaligen Häftlingen, Dokumentarfilmen und Führungen durch die Gedenkstätte und Arbeitseinsätzen
Informationen über: R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N., Bund der Antifaschisten, Franz-Mehring-Platz 1, 10234 Berlin

21. - 27. Juli 1996 Antifaschistisches Workcamp in Buchenwald mit Führungen in Buchenwald, Zeitzeugengesprächen, Diskussionsrunden, Infostanden und Konzert, Vorlesungen, Filme und natürlich Arbeitseinsätzen in und an der Gedenkstätte
Informationen über: R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N., Bund der Antifaschisten, Franz-Mehring-Platz 1, 10234 Berlin

9.- 22. 9 1996 „Auf den Spuren der antifaschistischen Kämpfer". Anläßlich des 60. Jarestages der Aufstellung der Internationalen Brigaden zur Verteidigung des Spanischen Republik findet eine Bus- bzw. Flugreise (14.-22.9.) von Berlin nach Barcelona statt. Unterstützt wird die Reise von VVN-BdA, DRAFD, IVVdN und BdA, Preis DM 1320,- Programm und weitere Einzelheiten können über die Bundesgeschäftsstelle erfragt werden.)

Martin Phillips

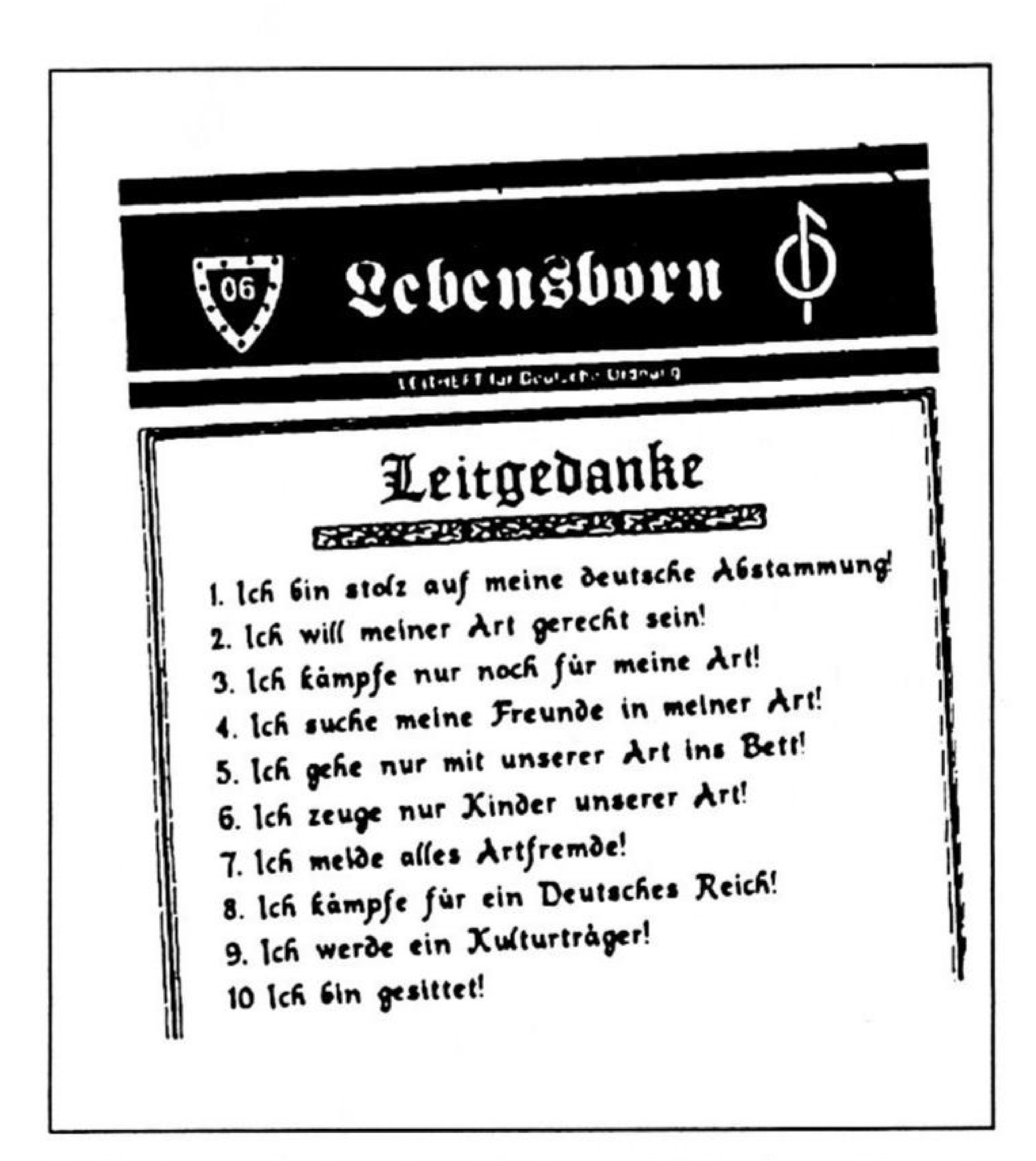
NF - Prozeß in Braunschweig eröffnet

Nach fast 5 Jahren „Ermittlungen" nun doch ein Prozeß

Am 15.04.1996 hat vor der Staatsschutzkammer des Braunschweiger Landgerichts der Prozeß gegen vier führende Kader der verbotenen „Nationalistischen Front" (NF) begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Faschisten Uwe Preen, Uwe Mokry (beide aus Braunschweig), Ulf Müller (Salzgitter-Steterburg) und Christian Ellermeyer (Wolfenbüttel) vor, „extremistische und nationalsozialistische Ziele verfolgt, Volksverhetzung betrieben und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet" und die NF auch nach deren Verbot am 26.11.1992 weitergeführt zu haben.

Dem 40jährigen **Uwe Preen** wirft die Staatsanwaltschaft u.a. Rädelsführerschaft und Gründung einer kriminellen Vereinigung (§129) vor, nachdem sie den Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a) trotz einer überwältigenden Beweisfülle fallengelassen hatte.

Bei Prozeßbeginn, der von einem größerem Polizeiaufgebot begleitet wurde, waren etliche Faschisten anwesend, unter ihnen die HNG-Funktionäre **Kopta** und **Kiese**. Nach einer halbstündigen Verlesung der Anklageschrift, in der u.a. Waffen-, Sprengstoff-, Akten- und Materialfunde aus vier Hausdurch-



Schulungshefte der Nationalistischen Front nach dem Verbot von 1992

suchungen zwischen Juli 1991 und September 1993 aufgeführt wurden, verlas der Hamburger Rechtsanwalt **Hans-Günter Eisenekker** eine lange Erklärung seines Mandanten Preen, in der dieser sich zu allen Anklagepunkten ausführlichst ausließ. Darin bemühte er sich, den Eindruck zu erwecken, daß er und seine Mitangeklagten nur versucht hätten eine disziplinierte Parteiorganisation aus „emotional nationalistisch interessierten Jugendlichen" aufzubauen, was weitgehend gescheitert sei. Die Waffen- und Sprengstoffunde (alleine am 02.07.1992 fand die Polizei in Preens elterlicher Garage ein halbautomatisches Gewehr mit 430 Schuß Munition und 2,4 kg Schwarzpulver) versuchte er entweder zu verharmlosen (so wurde eine bei ihm gefundene Schleuder ein harmloses Spielgerät aus Jugendjahren und ein mit Sprengstoffkopf bestückter Armbrustpfeil eine kleine Bastelei ohne weiteren Sinn) oder er behauptete, daß „persönliche Feinde" ihm die Waffen untergejubelt hätten um ihm zu schaden. Preen gab an, zusammen mit **Mario Arnswald**, nach einer kurzen „Anwärterschaft" im Frühjahr 1990 bei einem Schulungstreffen in Lippstadt in die NF eingetreten und sofort vom Organisationsleiter der NF, **Andreas Pohl**, mit dem Aufbau eines Stützpunktes im Gebiet zwischen Hannover, Lüneburg, Helmstedt und Göttingen betraut worden zu sein. Seine Rekrutierungsversuche, die er anhand von 140 Adressen von Sympathisanten der NF und des Klartextverlages startete, seien weitgehend erfolglos geblieben. Darauf hätte er versucht, mit geselligen „Kameradschaftsabenden" in seiner Wohnung, zu denen er einerseits die faschistischen Jugendlichen um Mario Arnswald und den Kreis um **Christian Ellermeyer** und andererseits „ausgesuchte Interessierte" eingeladen habe, geeignete Personen zu sichten und so „die Spreu vom Weizen zu trennen". Die geeigneten Leute wurden dann zu Schulungsabenden und Wehrsportübungen eingeladen. Die Kameradschaftsabende und Schulungen fanden abwechselnd bei Preen, Mokry, Arnswald und **Michael Schulenburg** in Braunschweig statt. Meist begannen die Abende, zu denen die TeilnehmerInnen ausdrücklich „pünktlich, nüchtern und in zivil" erscheinen sollten, mit einem Referat „des Stützpunktleiters", in dem das „10-Punkte-Programm" der NF erläutert werden sollte. Grade aber die Clique um Arnswald, in der Braunschweiger Faschistenszene oft als „Arnswald Kindergarten" bezeichnet, hielt dieses „anspruchsvolle" Programm höchstens bis zum dritten Punkt durch und ging dann zu „Kampftrinkerspielen" über. Größerer Beliebtheit erfreute sich da schon der Schulungsabend bei Arnswald, auf dem die „Ausbildung an der Waffe mit Schießübung" auf dem Programm stand. **Ulf Müller** durfte dabei stets die Getränkekasse verwalten. Uwe Mokry, der derzeit als Kraftfahrer bei der Braunschweiger Brauerei Wolters arbeitet, gelangte über diesen Weg von der NPD zur „Nationalistischen Front", wo er kurz nach seinem Eintritt am 09.11.1991 zum Schriftführer aufstieg. Mokry war es wohl auch, der seit 1991 die Anti-Antifa Aktivitäten leitete und etliche Fotomappen mit anschlagsrelevanten Zielen, hauptsächlich Häuser und Wohnungen, in denen Menschen aus dem autonomen Antifaspektrum wohnen, sowie sog. Feindlisten und Dossiers von Linken anlegte. Preen und Mokry, der vom bekannten Rechts-Anwalt **Klaus Kunze** aus Uslar vertreten wird, leugneten im Verlauf der Verhandlung die Kenntnis von in ihren Wohnungen gefundenen o.g. Listen, Organisationsplänen und Strategiepapieren. In diesen „Taktisch operativen Programmen" werden detailliert Entführungen, Attentate und Verleumdungskampagnen gegen PolitikerInnen, hohe Polizeibeamte und Wirtschaftsbosse sowie Anleitungen für „monatliche Sturmangriffe" in von vielen Linken und AusländerInnen bewohnten Stadtvierteln, Wehrsport, Sabotage, Waffen- und Geldbeschaffungen beschrieben. Preen gab zu, der Verfasser einer „Anleitung für Waldsport" gewesen zu sein, die nichts anderes als eine Abhandlung über das Organisieren und Abhalten von Wehrsportübungen ist.

Bezeichnend für den Umgang der Braunschweiger Justiz mit faschistischen Organisa-



Schulungsbrief der Nationalistischen Front unmittelbar vor dem Verbot 1992

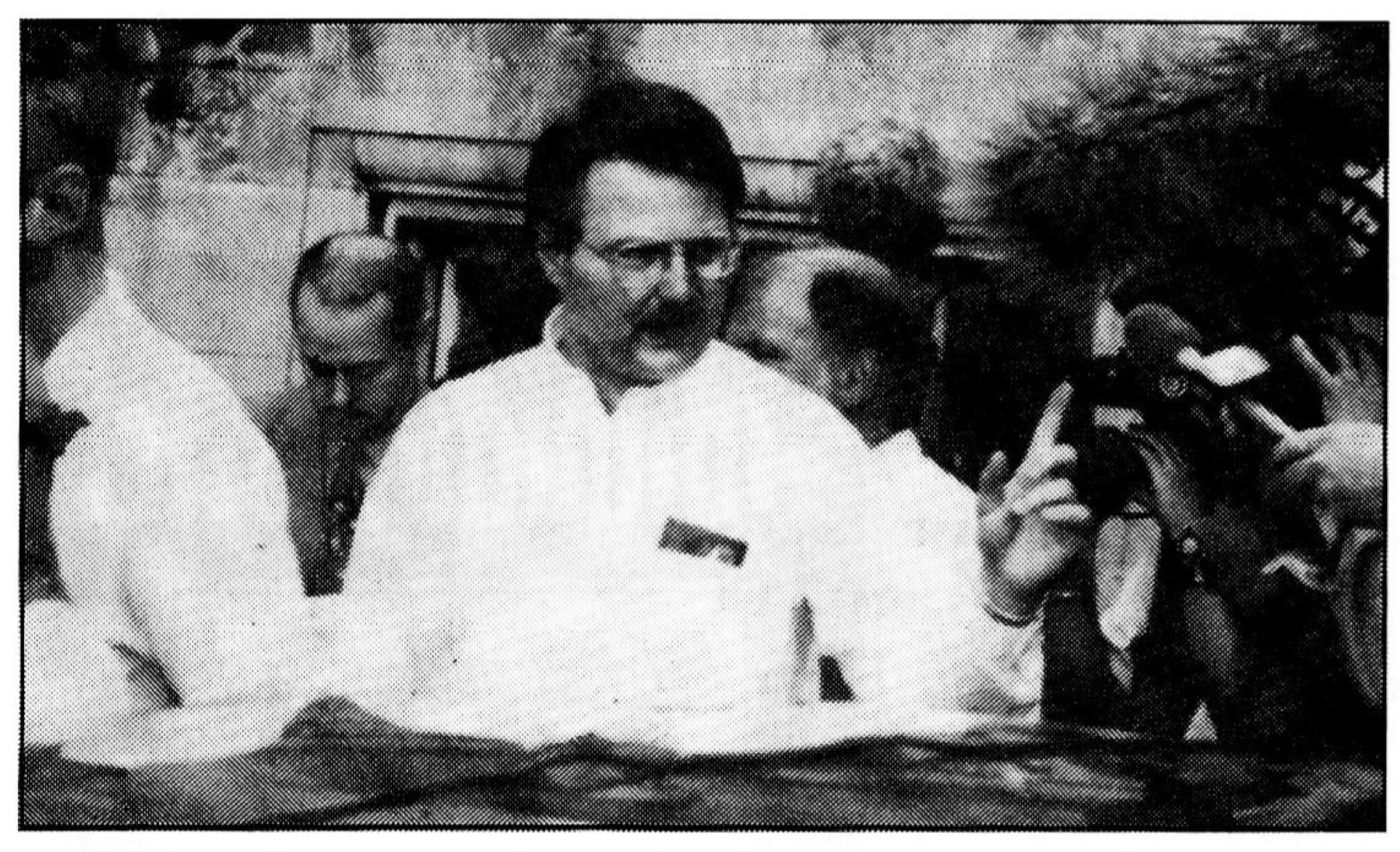
tionen und Kadern ist die Tatsache, daß der Prozeß erst mehr als zwei Jahre nach der letzten Hausdurchsuchung zustande kommt. Der Grund für diese Durchsuchung war der Versuch, sich mittels eines toten Briefkastens und zweier Nachsendeanträge, Privatpost von den beiden Braunschweiger Staatsschutzbeamten Brasche und Eppert anzueignen. Diese Aktion ging dann wohl selbst dem Braunschweiger Staatsschutz zu weit. Der Prozeß ist bislang auf insgesamt 12 Verhandlungstage angesetzt, in denen neben den noch ausstehenden Einlassungen von Ulf Müller und Christian Ellermeyer auch noch 36 ZeugInnen gehört werden sollen. Es ist also zu vermuten das noch einige führende Faschistenkader Aussagen machen werden. Wir dürfen gespannt sein.

Ansgar Michalke-Auerberg

US-Neonazi Lauck in Hamburg vor Gericht

Am 9. Mai beginnt vor dem Hamburger Oberlandesgericht der Prozeß gegen den Neonazi Gary Lauck. Lauck ist seit 1974 offizieller Führer der NSDAP/AO mit Sitz im US-amerikanischen Lincoln/Nebraska. Angeklagt wird er, weil er mit der NSDAP/AO und der Zeitung „NS-Kampfruf", die von ihm herausgegeben wird, eine kriminelle/terroristische Vereinigung gegründet und betrieben haben soll, und zu Gewalt und Ausländerhaß aufgerufen haben soll.

Die Ermittlungen zum jetzt beginnenden Prozeß liefen unter dem Namen „Atlantik 2" und richteten sich von Anfang an hauptsächlich gegen den Vertrieb des „NS-Kampfrufes" und anderer NSDAP/AO-Propagandaartikel in die BRD. Dafür wurden von den ermittelnden Behörden Postsendungen der NSDAP/AO ausgewertet und neben dem gegen **Gary Lauck**, noch 80 weitere Ermittlungsverfahren gegen Empfänger der neonazistischen Propaganda eingeleitet. Das Hauptaugenmerk richtete sich jedoch fast ausschließlich auf Gary Lauck, der im März letzten Jahres in Dänemark aufgrund eines internationalen Haftbefehls verhaftet wurde und nach langem juristischem Hick-Hack im September an die BRD ausgeliefert wurde.



Im Blickpunkt der Pressefotografen: Gary Lauck (Mitte) bei seiner Auslieferung von Dänemark an die deutschen Justizbehörden

In dem Prozeß gegen Lauck wird es nach Aussagen der Staatsanwaltschaft vor allem um die Propagandatätigkeit der NSDAP/AO und deren Verbreitung in die BRD gehen. Ernst Urlauh, Hamburgs Verfassungsschutz-Chef, betonte noch vor kurzem, daß der Versuch der Neonazis, eine illegale NSDAP/AO-Struktur in der BRD zu schaffen, gescheitert sei und die NSDAP/AO eine reine Propagandaorganisation sei.

Das Interesse der Geheimdienste, die illegalen Strukturen der NSDAP/AO bei den Ermittlungen und im Prozeß außen vor zu lassen, ist klar, war doch seit Anfang der siebziger Jahre der VS personell verflochten mit der illegalen NSDAP-Struktur in der BRD. Immer wieder flogen die guten Verbindungen von Neonazis und VS auf.

Hierein passt auch der Zeitpunkt der Ermittlungen und des Prozesses: Haben die Dienste und Ermittlungsbehörden doch zwanzig Jahre beim Aufbau einer illegalen NSDAP/AO-Struktur in der BRD zugesehen oder z.B. mit der Person **Werner Gottwalds** alias **„Reiser"** mitgewirkt, Lauck trotz Einreiseverbot in die BRD einreisen lassen und damit die Struktur der Neonazis festigen geholfen. So konnte die NSDAP/AO in den letzten Jahren ihr Propagandakonzept komplett dezentralisieren und von der Person Lauck's lösen: Der „NS-Kampfruf" wird inzwischen in neun Sprachen herausgegeben und in verschiedenen europäischen Ländern gedruckt, die Propagandaverschikkung von Büchern u.ä., und vor allem von Aufklebern, läuft seit einigen Jahren immer besser über die „Versorgungslinie Nord", über Dänemark und Schweden.

Seit dem Beginn der Verbote fast der kompletten legalen Basis der BRD-Neonaziszene wurde vor allem im „NS-Kampfruf" von verschieden Neonazi-Funktionären der Aufbau illegaler, klandestiner „Werwolf-Strukturen" propagiert. Im NS-Kampfruf wurde das „Manifest" der Werwolf-Struktur, der Text „Eine Bewegung in Waffen" (siehe Kasten) veröffentlicht. Seit der Verhaftung Laucks ist der Kampfruf digital in Neonazi-Mailboxen zu haben. All diese Entwicklungen haben zur Folge, daß die NSDAP/AO-Struktur einen Gary Lauck als Integrationsfigur für ihre Fortbestehen nicht mehr braucht.

Somit verkommt der jetzt beginnende Prozeß gegen Gary Lauck zu einer Propagandaveranstaltung einer sich vor dem Ausland als vermeindlich antifaschistisch verkaufenden BRD.

In der Presse werden die Ermittlungen gegen Lauck, seine Verhaftung und die Anklageerhebung gegen ihn als der entscheidende Schlag gegen die NS-Propagandastruktur gehandelt - Lauck wird als DER internationale Neonazi-Drahtzieher dargestellt. Daß Gary Lauck immer nur ein Knoten im illegalen Netzwerk der NSDAP war, und vor allem die Rolle des in der Öffentlichkeit Stehenden innehatte, wird vermutlich im Prozeß kaum eine Rolle spielen.

Verteidigt wird Lauck u.a. von **Otto Sieg**, einem Frankfurter Anwalt, der beim Prozeß gegen DA-Funktionäre in Koblenz Anfang des Jahres vom Gericht forderte, den Prozeß um einige Wochen auszusetzen, da er zu Verteidigung noch „Mein Kampf" lesen müsse.

Aus der Neonazi-Szene wird für den Prozß schon seit längerem mobilisiert. **Christian Worch**, der, bevor er selbst Haftantritt hatte, regelmäßig Lauck im Knast besuchte, forderte seine Kameraden auf, im Prozeß Solidarität zu Lauck zu zeigen. In Hamburg werden jetzt schon Schlafplätze für auswärtige Neonazis, die den Prozeß besuchen wollen, gesucht.

Damit der Prozeß nicht zu einer Propagandabühne für Neonazis wird, mobilisieren AntifaschistInnen ebenfalls zum Prozeß. Es wird versucht, am ersten Prozeßtag mit einer Demonstration und Kundgebung antifaschistische Öffentlichkeit zu schaffen und den Neonazis keinen Raum für Propaganda zu lassen.

Neonazi „vergaß" Bombe bei Auszug

Die tendenziösen Ermittlungen zur NSDAP/AO haben am 18.4. 96 noch an aktueller Brisanz gewonnen, als in der ehemaligen Wohnung des Neonazis **Henry Fiebig** im Hamburger Schanzenviertel zufällig ein von ihm beim Auszug vergessener Sprenzgsatz gefunden wurde, dem nur die Batterie zur Zündfähigkeit fehlte.

Fiebig gilt zusammen mit **Christian Scholz** unter dem Synonym **„Hans Westmar"** als Autor des Werwolf-Manifestes „Eine Bewegung in Waffen". In diesem wird in einem theoretischem Teil der Aufbau von illegalen Strukturen und das Erlernen terroristischer Aktivitäten propagiert. In einem praktischenTeil werden diverse Sprengsatzanleitungen beschrieben. Erstmalig wurde dieser Text im „NS-Kampfruf" Nr. 107 veröffentlicht, später kursierte er in Neonazi-Kreisen auf Diskette.

Fiebig und Scholz haben beide eine lange Karriere innerhalb der Neonazi-Szene hinter sich. Bis zum Verbot waren sie in der NO (Nationale Offensive) organisiert, die neben der NF als erste den Aufbau illegaler Strukturen und die Schaffung einer straffen Kaderorganisation propagierte.

1993 fand eine antifaschistische Kundgebung vor der Wohnung Fiebigs statt, der sich genau gegenüber dem Autonomen-Zentrum Rote Flora eingemietet hatte. Fiebig drehte bei der Kundgebung durch und beschoß die AntifaschistInnen aus seinem Fenster mit Signalmunition. Danach zog er überhastet aus und wohnt seitdem nach Angaben des Hamburger Abendblattes mit Scholz zusammen in Berlin. Seit Mitte 1995 wird gegen die beiden wegen Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung ermittelt, beide sind jedoch noch auf freiem Fuß. Ein Zusammenhang mit einer illegal existierenden NSDAP/AO-Struktur wird nicht hergestellt...

Horst Freires

Von einer braunen Burschenschaft

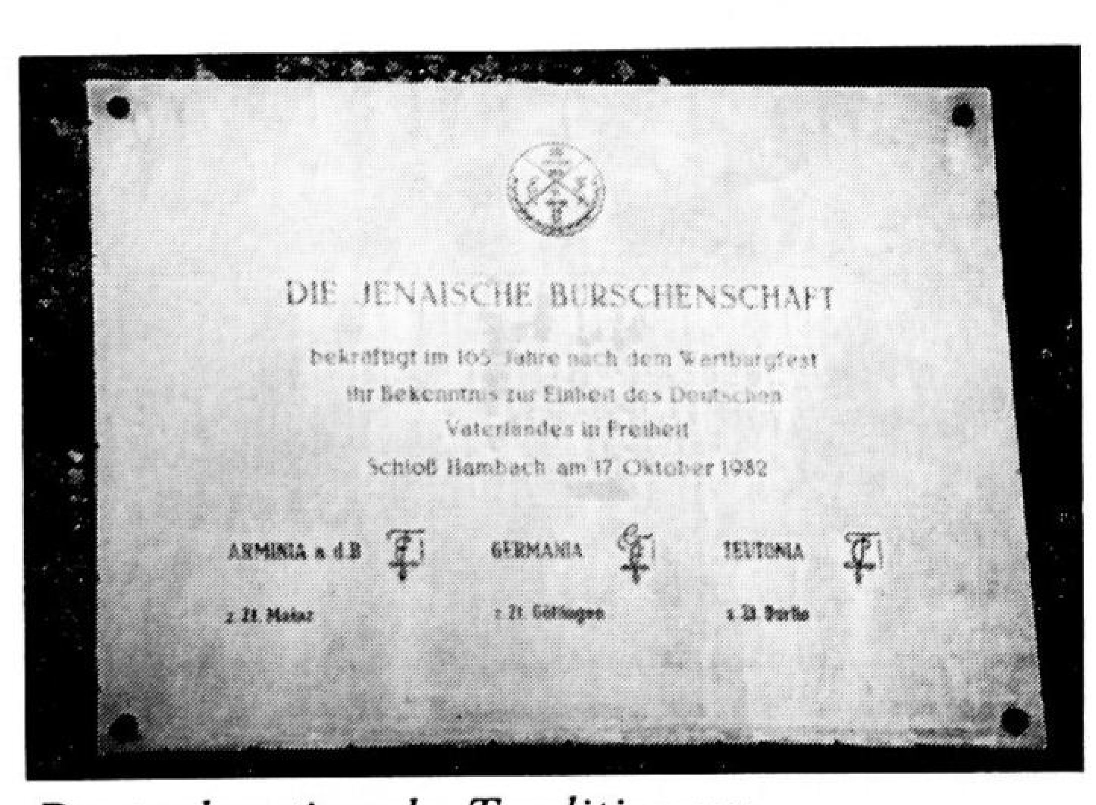
Germania Hamburg: Rechtsextreme Umtriebe ja - rechtsradikal nein?

Ist die Sierichstraße in Hamburg bekannt für ihre wechselnde Richtung (je nach Uhrzeit), so ist der Kurs der Hamburger Burschenschaft Germania (Sitz: Sierichstraße) klar, nämlich eindeutig nationalistisch. Da hilft auch nicht die Beteuerung durch den Germania-Sprecher Felix Lüdecke: „Niemand der Studenten der Hamburger Burschenschaft gehört irgendeiner rechtsradikalen Partei an." Der Hamburger Verfassungsschutz stellt der stramm rechten Studentenorganisation dagegen ein anderes Zeugnis aus.

Spätestens seit bekannt wurde, daß der ehemalige FAP-Landesvorsitzende von Hamburg, **André Goertz**, kurzzeitig in der Sierichstraße residierte und die Anschrift als FAP-Adresse diente, wurden die Machenschaften der Burschenschaft einem größeren Kreis publik. Im abgelaufenen Semester bot die „Germania" Vortragsveranstaltungen mit schillernden Persönlichkeiten aus der rechten Szene an. Auf der Referentenliste stand zum einen der Belgier **Robert Steuckers**, einer der Theoretiker der sog. „Neuen Rechten" mit Kontakten zum rechtsextremistischen und militanten „Vlaams Blok". Der nationalrevolutionäre Vordenker betätigte sich 1987 als Übersetzer des Werkes „Frömmigkeit Nordischer Rasse", das 1934 von dem Rasse-Ideologen Hans F.K. Günter verfaßt wurde. Steuckers fungiert zudem als Herausgeber der rechtsextremen Zeitung „Vouloir".

Des weiteren lud sich die schlagende Verbindung **Manfred Rouhs**, führende Persönlichkeit bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), als Referenten ein. Für diese Partei saß das ehemalige NPD-Mitglied im Stadtrat von Köln. Auch bei den „Republikanern" gab er zuvor ein kurzes Gastspiel. Seit 1987 gibt der heute 31jährige das bekannte rechtsextreme zweiwöchentlich erscheinende Magazin „Europa vorn" heraus. Zusammen mit **Thorsten Lemmer**, dem Manager der mit rassistischer Oi-Musik durchsetzten Plattenfirma „Dorfmusik", verbreitet er das in Neonazi-Skinkreisen geschätzte Fanzine „Moderne Zeiten". Ferner kam bei „Germania" in Hamburg der 33jährige **Stefan Ulbrich** zu Wort, einst Horstführer bei der 1994 verbotenen Wiking-Jugend, Autor bei der „Jungen Freiheit" sowie Verleger des „Arun-Verlages". **Heiko Pätzmann**, ehemals stellvertretender Landesvorsitzender der Hamburger „Republikaner", gehört heute zu den aktiven Burschen von „Germania". Im Februar 1990 beteiligte er sich an der Demonstration des „Bürgerforums für die deutsche Einheit" - ein Aufmarsch von Neonazis verschiedener Couleur (NPD, DVU, Nationale Liste), „Republikanern" und Skinheads in der Hansestadt. Zum heute aktiven Kreis von „Germania" zählt auch **Detlef Huber**, der der CDU angehört. Er engagiert sich allerdings nicht - was naheliegend wäre - beim RCDS, sondern bei „Uni aktiv", einer Gruppierung, die jetzt zum zweiten Mal hintereinander bei den Wahlen zum Studentenparlament (Stupa) kandidierte und nach zunächst zwei Sitzen Anfang des Jahres nunmehr drei Sitze im Stupa eroberte. „Uni aktiv" spricht bei den Zuwendungen für das Frauen- und Lesbenreferat, für das AusländerInnenreferat und für Ökologiebelange von verschwendeten Geldern.

Zurück zur „Germania": zum zweiten Mal hintereinander hat sie jetzt im „Wegweiser für Studienanfänger/innen", herausgegeben von der Uni-Leitung, eine ganzseitige Anzeige schalten können. Der Allgemeine Studenten-Ausschuß (AStA) hat daraufhin aufs schärfste protestiert. **Jörg Lippert**, Pressesprecher der Uni, verteidigte die ganzseitige Reklame für die braune Burschenschaft noch. Seine Begründung: Der liberale Geist der Hochschule verbiete in diesem Fall eine Zurückweisung des Anzeigenauftrags. Da mutet es geradezu progressiv an, daß Lippert betont, sexuell anstößige/sexistische Annoncen und Beiträge, die Pro-Scientology ausfallen, seien ausgeklammert worden.



Deutschnationale Traditionen: Metallene Tafel rechtslastiger Burschenschaften beim Hambacher Schloß

„Germania" Hamburg unterhält freundschaftlich enge Verbindungen zur Burschenschaft „Olympia" aus Wien. Innerhalb der rechtslastigen Deutschen Burschenschaft nehmen „Olympia", Wien, und „Germania", Hamburg, jedenfalls rechte Hardliner-Positionen ein. Die Hamburger „Germania" bezeichnete beispielsweise den 3. Oktober als „Tag der Kleinstdeutschen Einheit". Ein weiteres Beispiel für das rechtsextreme Gedankengut von „Germania" gefällig? Da möge man sich nur einen Antrag der besagten Hamburger Burschenschaft zum Deutschen Burschentag 1993 in Eisenach anschauen. Da heißt es dann im Burschenschaftstag-Protokoll unter Tagesordnungspunkt 11.5 nachzulesen: Antrag der HH-Burschenschaft Germania gegen die Verwandlung Deutschlands in eine sogenannte multikulturelle Gesellschaft:

Die Deutsche Burschenschaft verurteilt und bekämpft politische Schritte, die Deutschland in eine sogenannte „Multikulturelle Gesellschaft" verwandeln sollen. Die Deutsche Burschenschaft fordert ihre Mitgliedsburschenschaften auf, sich im Sinne dieses Beschlusses auszurichten und entschieden Stellung gegen alle „Multi-Kulti-Kolonisationsversuche" zu beziehen, mit der Begründung: Die Deutsche Burschenschaft erkennt in der Errichtung eines sogenannten „Melting-Pot" auf deutschen Boden nach dem gescheiterten Marxismus-Leninismus einen weiteren Versuch zur Gleichschaltung aller Individuen. Die Deutsche Burschenschaft als Streiter und Wahrer für Freiheit befürwortet dagegen die Entfaltung der Persönlichkeit auf Grundlage der eigenen angestammten mannigfaltigen Kultur. Die politische Freiheit in ihrer zu schützenden Organisationsform Demokratie benötigt:

a) Identifikation mit gemeinsamen abendländischen Grundwerten als Konsensfundament.

b) gemeinsame Sprache, um Kommunikation überhaupt zu ermöglichen.

c) Gemeinschaftsgefühl als Bedingung für solidarisches Grundverhalten zur Sicherung der Sozialstaatskomponente unserer Demokratie.

d) Zugehörigkeitsbewußtsein als Voraussetzung zum Wirken und Dienen als Staatsbürger.

Diese Voraussetzungen können Ausländer nicht empfinden oder leben. Dieser Mangel wir umso größer, je fremdartiger die nicht deutschen Teile eines Vielvölkerstaats „Bunte-Republik Deutschland" sind. Die Deutsche Burschenschaft als Streiter und Hüter für das Vaterland wird notfalls mit scharfem Widerstand den Versuchen entgegentreten, auf deutschen Boden eine Multi-Kulti-Gesellschaft zu errichten, die den Erfahrungen aus der Geschichte und der politischen Gegenwart entsprechend einem von Unruhen bis Kriegen erschüttertem Chaos gleichen und unser Vaterland bis auf die Wurzeln verändern, Grundlagen und Eigenarten unseres Daseins unwiederbringlich zerstören wird. Damit stellt sich die Deutsche Burschenschaft in internationaler Solidarität in die Reihe derjenigen, die für alle Völker dieser Erde eigene Identität und Unabhängigkeit erstreben und bewahren wollen.

Soweit dieser rassistisch-nationalistisch getränkte O-Ton der Burschenschaft „Germania" aus Hamburg, die ihr ethno-pluralistisches Gedankengut als demokratieerhaltend verkaufen möchte.

„Germania"-Verbindungen in anderen Städten gleichen sich mit der Hamburger. Dazu bald mehr an dieser Stelle.

Dank gilt dem AStA Hamburg für das zur Verfügungstellen von Materialien zur Burschenschaft „Germania Hamburg".

Sönke Braasch

„Nationaldemokratischer Hochschulbund" ohne Fortune

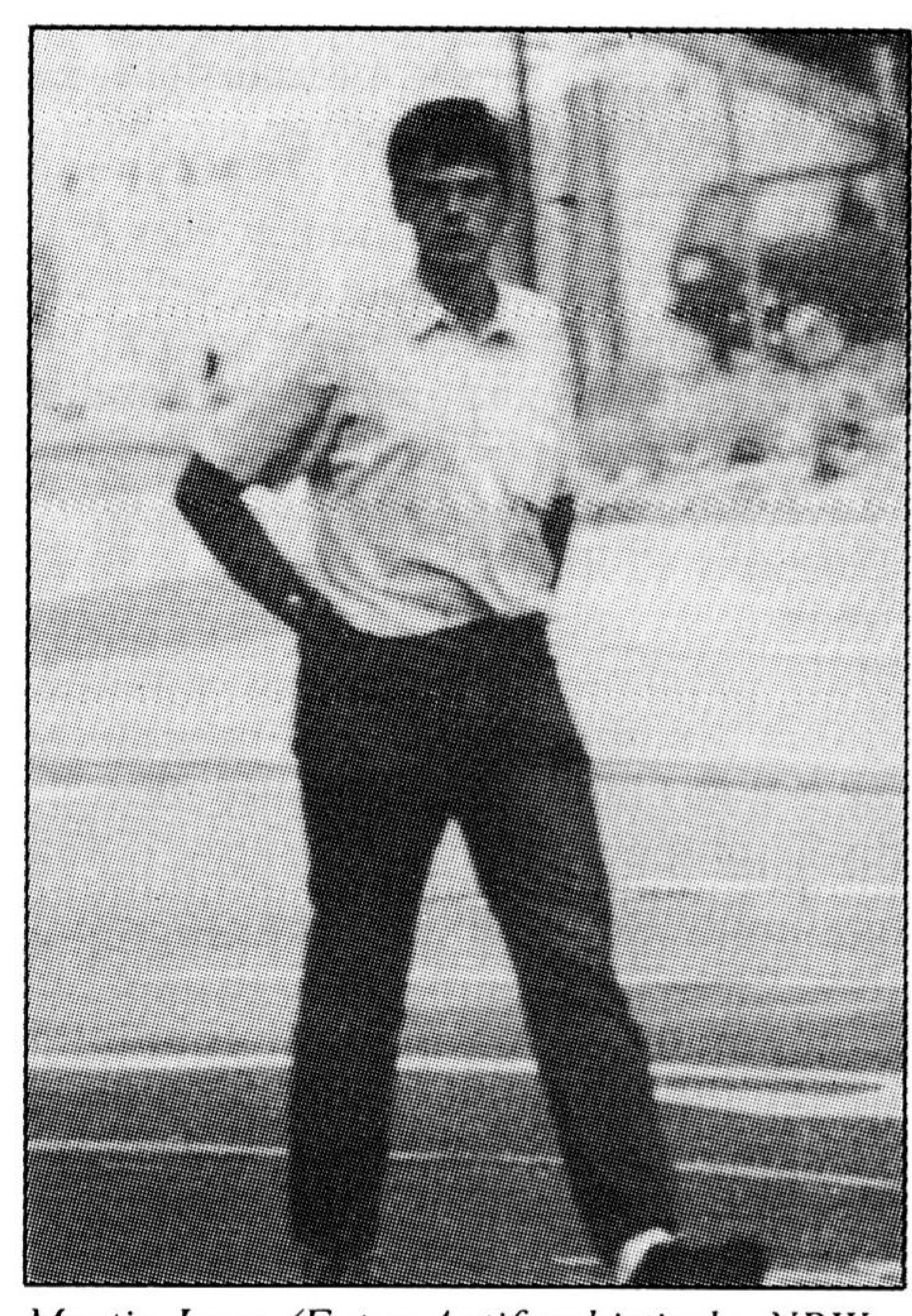
Im März meldete sich die älteste rechtsextremistische parteipolitische Hochschulorganisation, der „Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB), zurück. Geplant war eine Veranstaltungsreihe mit dem 72jährigen österreichischen Altnazi Herbert Schweiger vom 23. bis zum 27. März 1996. Angekündigt wurden Vortragstermine Schweigers zum Thema „Geld und Weltpolitik" in Hamburg, Bremen, Krefeld und Heilbronn.

Als Mitveranstalter wurde in einer bundesweit verschickten Einladung der nationalrevolutionäre Aktivistenbund „Sache des Volkes" (SdV) angegeben. Unterzeichner der Einladung war der seit 1991 amtierende NHB-Bundesvorsitzende **Martin Laus** (28). Wenige Tage zuvor wurde Schweiger jedoch in Österreich verhaftet. Nur noch wenige Personen erschienen daraufhin zu den geschlossenen Veranstaltungen des NHB.

Der „Nationaldemokratische Hochschulbund" wurde im Januar 1967 formal gegründet. Erste Gruppen entstanden bereits 1966, zwei Jahre nach der Gründung der NPD in Hannover. In seiner Hochphase bis zur verlorenen Bundestagswahl im September 1969 (die NPD scheiterte mit 4,3 Prozent) gehörten dem NHB rund 250 Mitglieder an. Unter dem seit 1966 für die Stasi arbeitenden Bundesvorsitzenden **Lutz Kuche** (52), er amtierte von 1970 bis 1973 und verließ später die NPD in Richtung CDU, versuchte sich der desolate NHB als Kaderorganisation neu zu strukturieren. Das Ergebnis waren einige Theorie-Seminare und zwei bescheidene studentische Wahlerfolge. In Hamburg und in Göttingen gelang es bei den Wahlen zum Studentenparlament mit Tarnlisten drei bzw. zwei Sitze zu erringen. Danach verschwand der nationaldemokratische Studentenbund in der völligen Bedeutungslosigkeit.

Ende der 70er Jahre versuchte **Thor von Waldstein** (37) den NHB zu reaktivieren. So wurden mehrere Vorfeldorganisationen wie „Amnestie national", „Kultur Alternativ" und „Rock für Deutschland", sowie zuletzt 1981 der „Arbeitskreis Nationaldemokratischer Akademiker" (ANA) gegründet. Ideologisch trat eine national-neutralistische Linie in den Vordergrund. 1981 wurde mit dem damals 24jährigen Traunsteiner Pharmazie-Studenten **Wolfgang Bendel** ein dezidierter Nationalrevolutionär in den NHB-Bundesvorstand gewählt. Waldstein legte 1982 nach drei Jahren sein Amt als Bundesvorsitzender nieder. Was blieb, war ein bescheidener Aufschwung und eine fortgesetzte Erfolglosigkeit bei studentischen Gremienwahlen.

Bei der NHB-Bundesversammlung 1983 in Wuppertal forderte die NHB-Hochschulgruppe Erlangen um Wolfgang Bendel die Selbstauflösung der nur noch 30 Personen starken studentischen Organisation. Statt dessen sollten Hochschulgruppen der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) ins Leben gerufen werden. Der Verfassungsschutzbericht wies für die JN zur selben Zeit etwa 500 Mitglieder aus. Der NHB blieb bestehen und verschwand von der politischen Bühne. 1986 wird nach der neunzehnten Ausgabe der „NHB-Report" endgültig eingestellt. Der „NHB-Report" erschien als „Mitteilungsorgan und Schulungsblatt" mit verschiedenen Unterbrechungen seit Ende der 60er Jahre. Die letzten Ausgaben erreichten eine ausgewiesene Auflagenhöhe von 10.000 Exemplaren. Als Herausgeber fungierte jedoch nicht mehr der NHB-Bundesvorstand sondern die Stuttgarter „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH". Die Mutterpartei NPD hatte dem akademischen Nachwuchs, durchaus im wörtlichen Sinne, das Heft aus der Hand genommen.



Martin Laus (Foto: Antifaschistische NRW Zeitung)

Ende der 80er Jahre vollzog der NHB endgültig die Wandlung zu einer nationalrevolutionär ausgerichteten Kaderorganisation. Man verstand sich als avantgardistische Elite und fühlte sich weniger der NPD als vielmehr bestimmten politischen Ideen verpflichtet. Im Oktober 1990 erschien erstmalig die Strategieschrift „Vorderste Front". Ziel der „Vordersten Front" (VF) ist die „Herausbildung einer revolutionären Alternative zum Angriff des Weltkapitals auf die Völker der Erde. Der Zusammenbruch des Marxismus hat die Fronten geklärt, der Hauptfeind ist der Liberalismus. Unsere avantgardistische Aufgabe wird es daher sein, in dieser Zeitschrift eine neue politische Theorie, eine Dritte Position zu entwickeln, die unserem deutschen Volk das Überleben ermöglicht." Bislang gab der „Hochschulbund" sieben Ausgaben der „Zeitschrift für politische Theorie & Strategie", so der Untertitel, heraus. Alle Beiträge der VF erschienen anonym. Zu den Autoren („Die deutsche Frage in Österreich") soll nach Mutmaßungen der österreichischen antifaschistischen Zeitschrift „Lotta Dura" der Wiener Rechtsextremist Dr. **Bruno Haas** (45) gehören. Haas unterhält seit den 70er Jahren Kontakte zum NHB und gehörte u.a. den österreichischen Organisationen „Aktion Neue Rechte" und „Nationaldemokratische Partei" (NDP) an. Ein ständig wiederkehrendes Thema der bisherigen Nummern der „Vordersten Front" sind die diversen Erscheinungsformen und Spielarten des historischen Faschismus, Autoritarismus und Korporatismus.

Die Mitgliedszahlen des NHB stiegen Ende der 80er Jahre, so der Verfassungsschutz, auf etwa 50 Mitglieder wieder an. Von 1988 bis 1991 fungierte **Thomas Lux** (33) als NHB-Bundesvorsitzender. 1991 wurde Martin Laus zu seinem Nachfolger gewählt. Anfang der 90er Jahre startete der NHB eine Veranstaltungsreihe „Nationalismus heute". Als Mitveranstalter des NHB treten seither die Organisationen SdV und „Politisch-Kultureller Arbeitskreis Oberland" auf. Verschiedene NHB-Funktionäre wie Wolfgang Bendel und **Josef Graf** (35) gehören auch der SdV an. Der Uelzener JN-Funktionär **Jens Birnatzki**, er wurde 1993 zum NHB-Vize gewählt, unterhielt Kontakte zur inzwischen verbotenen neonazistischen „Nationalistischen Front" (NF).

Verhaftet

Der Österreicher **Herbert Schweiger** (am 22.Februar 1924 geboren), der Doyen des steirischen Rechtsextremismus, befindet sich am Landesgericht Leoben in Untersuchungshaft. Der Verhaftung gingen umfangreiche Ermittlungen der steirischen Sicherheitsbehörden voraus. Die Staatsanwaltschaft Leoben leitete gegen Schweiger, einst Freiwilliger der Waffen-SS und Gründungsmitglied des „Verbandes der Unabhängigen" (F-Vorläufer), wegen „Verdachtes der Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn nach dem Verbotsgesetz" eine Voruntersuchung ein.

Anlaß der Verhaftung ist das jüngst von Schweiger erschienene voluminöse Buch (rund 450 Seiten) „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik" (Untertitel: Grundsätze einer nationalen Weltanschauung und Politik"). Die Staatsanwaltschaft Leoben sieht in dem Buch eine „Adaptierung des NSDAP-Parteiprogramms auf heutige Verhältnisse" gegeben.

Wie das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands berichtet, betrieb er in dem Buch eine „zum Teil sogar wörtliche Fortschreibung und Gegenwartsadaptierung des Programms der NSDAP von 1923".

„Übernacht zum Antifaschisten läuft nicht"

Interview mit einem NPD/JN-Aussteiger

Vor knapp 5 Jahren begann die Aussteigergeschichte des damals 21 jährigen Jörg Fischer. Er hatte in seiner Nazikarriere schon viel gesehen und erlebt: Kreistagskandidatur in Erlangen/Höchstadt, Wahlkampf in Bremen, Geheimparteitage in Feucht, Schulungen in Iseu/Norditalien. Persönlich zu Gesicht bekam er dabei Größen vieler rechtsradikaler Vereinigungen wie Deckert, Mußgnug, Voigt, Ollert, Hatz, Remer, Christophersen, von Thadden, Swierczeck und andere. Gerhard Frey, eine zeitlang mal sein Arbeitgeber, saß ihm auch schon gegenüber. Im Rechten Rand erzählt Fischer seinen Weg bis zum Ausstieg. Das Interview für den RECHTEN RAND führte Jürgen Gechter.

DRR: Jörg würdest du dich selbst als Aussteiger bezeichnen?

Fischer: Sicherlich bin ich ausgestiegen und darauf auch ein bißchen stolz. Aber viele verstehen unter einem Aussteiger jemanden, der von heute auf morgen, dank einer unerklärlichen Eingebung, den richtigen Weg findet, sich von allem losreißt und den neuen demokratischen Weg geht. Das sind leider Wunschträume, weil niemand als Faschist abends schlafen geht, um am nächsten Morgen als Antifaschist aufzuwachen.

DRR: Genug der einleitenden Worte, jetzt wollen wir ein wenig tiefer gehen. Wie kamst du zu diesem Haufen?

Fischer: Wenn man sich das überlegt, könnte man schon wieder eine Wut auf diesen ganzen Staat bekommen. Als Dreizehnjähriger bin ich auf das 'Amt für Versorgung' gegangen, um mir einen Behindertenausweis ausstellen zu lassen, da ich seit meiner Kindheit an Diabetes leide. Mein Sachbearbeiter war Günter Rust, der damalige stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende, was ich natürlich zu diesem Zeitpunkt noch nicht wußte. Den von meiner Mutter unterschriebenen Antrag hatte ich abgegeben, und mich mit Rust über Sachfragen zu unterhalten, als dieser auf einmal die Schublade seines Schreibtisches aufzog und mir ein Exemplar der „Deutschen Stimme" über den Tisch schob. Ich hatte wirklich keinerlei Ahnung von NPD oder Naziparteien. Ich war gerade mal dreizehn. Rust fragte mich, ob ich auch Probleme mit Ausländern an meiner Schule hätte. Wenn ja, solle ich doch mal zum Stammtisch kommen! Vielleicht kannst du dir vorstellen, welchen Auftrieb mir eine solche Aufmerksamkeit gegeben hat.

DRR: Warum bekommst du da eine Wut auf den Staat?

Fischer: Rust war bekannt als alter Nazi. Auch, daß er in der NPD Funktionär ist und seine Meinung weitergibt. Ausländer, die ihm zugeteilt wurden, hat er einfach nicht bedient, bis sie wieder gegangen sind. Aber Rust wurde nicht versetzt oder abgemahnt. Und wenn sich heute jemand dort bewerben möchte, muß erseine Verfassungstreue erklären. Auf der Liste der verfassungsfeindlichen Gruppen ist dann auch zum Beispiel die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes drauf. Da soll man nicht in die Luft gehen?

DRR: Also bist du dann zu diesem Stammtisch hingegangen. Warum?

Fischer: In der Schule war ich einer von vielen. Sehr schmächtig und zart, auch ein bißchen Außenseiter. Und plötzlich stehen ein paar Leute da und sagen, daß sie gerade auf mich Wert legen. Das ist so, wie wenn man dich zum Klassensprecher wählt.

DRR: Was wurde dort so Interessantes besprochen, daß Du eingetreten bist?

Fischer: Die Themen waren die üblichen: Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, verprügeln deutsche Kinder und gehören einfach nicht hier her. Ein paar von diesen Losungen haben mich natürlich schon angesprochen, schließlich verlangte niemand von mir, großartig nachzudenken. Aber in der Hauptsache war es die große Anerkennung, die mir zuteil wurde. Ich war sofort integriert und hatte ein Recht, mitzureden. Man hörte mir zu, wenn ich etwas gesagt habe und ließ meine Meinung auch noch gelten. Ich sah die Chance, richtige Freunde zu gewinnen.

DRR: Dann kam dein großer Aufstieg zum intellektuellen Faschisten...

Fischer: Nun, der damalige JN-Landesvorsitzende Ralf Ollert muß irgendwie erkannt haben, daß ich der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig war. Das klingt vielleicht blöd, aber es gab de facto niemanden außer Ollert, der in der Lage war ein leserliches Flugblatt oder gar eine Zeitung zu verfassen. So bot man mir die Mitarbeit an der damaligen JN-Schülerzeitung 'Frontal' an. Anfang April 1987 bin ich in die NPD eingetreten und kurz darauf war ich Redakteur der 'Deutschen Stimme'. Schließlich nahm ich als Gründungsmitglied der DVU *(gemeint ist wohl die Wahlpartei; d.S.)* eine Stelle in der Redaktion der 'National Zeitung' an.

DRR: Danach bist du aus der NPD ausgetreten und hast auch den Job bei der 'National Zeitung' an den Nagel gehängt.

Fischer: Richtig. Ich hatte 1989 Kontakte zu Harald Neubauer von den REP's bekommen, der mir angeboten hat, beim 'Republikaner' einzusteigen. So wie viele andere die Republikaner als Möglichkeit gesehen haben, den Rechtsradikalismus hoffähig zu machen, habe auch ich meine Chance gesehen, dort meine Karriere zu erweitern. Doch ich kam nicht mehr rechtzeitig, die REP's haben sich gespalten und Neubauer hatte die Partei verlassen. Also ging ich mit ihm in die 'Liga für Volk und Heimat'. Aber da habe ich mich schon mit dem Gedanken getragen, auszusteigen.

DRR: Was war denn der ausschlaggebende Grund für deinen Entschluß?

Fischer: Irgendwie kam da soviel zusammen. Der Wahlkamf von Frey in München für den DVU-Kandidaten Altermann in Bremen, die Taktikänderung in der NPD, von der Sympathiewerbung zur offenen Gewaltbereitschaft und dann noch die Übergriffe auf Asylsuchende, bei denen die NPD'ler kräftig mitmischten.

DRR: Jetzt sag' aber bloß, du hast nicht gewußt, welche Meinung in der NPD zu Gewalt und Asylbewerbern herrscht?

Fischer: Auch da muß man echt differenzieren. Als Neumitglied wußtest du von gar nichts, außer, daß die Faschisten nette Menschen sind, die alles für unsere Heimat tun.



Spätestens seit Beginn der 90er Jahre haben NPD/JN keine Probleme mehr mit der Zusammenarbeit militanten Neonazis

Je weiter man in die Führungsebene eindrang, um so mehr wurde diese Sympathiewerbung verdrängt und man konnte das wahre Gesicht erkennen. In diese Ebene kam ich erst nach einiger Zeit, aber da war ich schon so tief drin, daß ich mir erstmal gar nichts dabei dachte. Irgendwann saß ich mal mit Ollert und einem Ehepaar vor deren Fernseher und sah mir die beiden Filme 'Jud Süß' und 'Der ewige Jude' an. Schockiert haben mich daran die Äußerungen von Ollert, der den Holocaust als dringend wiederholungsbedürftig ankündigte. Das gab mir dann schon zu denken. Als es dann nicht mehr bei Worten blieb, habe ich mich abgeseilt. Aber wie gesagt, ganz langsam.

DRR: Nach fünf Jahren bist du dann an die Öffentlichkeit, warum hat das so lange gedauert? Und wie wurde deine Ausstiegsstory bewertet?

Fischer: Wie gesagt, das 'Übernacht zum Antifaschisten' läuft nicht. Ich bin mitten in meiner pubertären Phase da hineingeraten und mein ganzes kulturelles Umfeld lag im rechten Spektrum. Rechte Freunde, rechte Bücher, rechte Musik. Ich mußte mich erstmal abnabeln, und überhaupt, ich hatte keinen Beruf,

keine Erfahrung, um außerhalb des rechtsradikalen Bereiches existierten zu können. Also habe ich mich als Altenpfleger beworben und bin in die Gewerkschaft eingetreten. Lange Zeit war ich allein mit mir selbst, um alle Positionen zu überdenken und Alternativen zu schaffen. Letztendlich ist es mir dann gelungen, meine Vergangenheit zu verarbeiten und mich der demokratischen Öffentlichkeit zu stellen.

DRR: Deine ehemaligen Freunde lassen in ihren Organen wenig gutes an dir. Du hattest Schulden und wärst sowie aus der NPD ausgeschlossen worden.

FIscher: Kennst du einen Nazi, der auf Argumente eingeht? Ich nicht. Logischerweise versuchen die, mich zu diffamieren und zumindest in ihrer Szene zu verharmlosen. Schließlich könnte es mir einer nachmachen. Das erklärt auch, warum es, wider Erwarten, keine öffentlichen Dementis der NPD gab. Ich glaube, die würden mich lieber lynchen, als auf einen Vorwurf ehrlich zu antworten.

DRR: Apropos, wo engagierst du dich heute?

Fischer: Seit dem Kommunalwahlkampf in Nürnberg bin ich bei der PDS und habe auch meine aktive Arbeit in der VVN angekündigt. Schließlich habe ich mich nach meinem Ausstieg als erste an sie gewandt und bin nicht enttäuscht worden.

DRR: Ein schöner Sprung von ganz Rechts nach ganz Links?

Fischer: Die Neonazis bieten auf alle Fragen leichte Antworten. Dabei sind viele Probleme echt. Wohnungsnot, Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung und Rassismus liegen begründet im Kapitalismus und im System. Das zu verändern braucht keine Sündenböcke und keine halbseidenen Weltverbesserer, sondern engagierte Demokratinnen und Demokraten in vielen Bereichen und Ebenen. Jahrelang habe ich Menschen , die leichte Lösungen verlangen, gegen Menschen aufgehetzt, die am wenigsten für unsere Probleme können. Es ist an der Zeit, die wahren Hintergründe zu beleuchten.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch.

Der Werdegang des Jörg Fischer

1982 Erster Kontakt über Günter Rust
1983 Eintritt in die JN
1984 Mitarbeit bei der JN- Zeitung 'Frontal' und im 'JN-Bayern-Info', Teilnahme am Bundesparteitag der NPD in Fallingbostel.
1987 Gründungsmitglied der *(Wahlpartei ?; d.S.)* 'Deutschen Volks Union' (DVU), kurz darauf Eintritt in die NPD.
Wahl in den Kreisvorstand Erlangen/ Höchstadt, Beginn bei der 'National Zeitung', Kaderschulung in Iseu/Norditalien.
1988 Wahl zum stellvertr. Kreisvorsitzenden und in den Bezirksvorstand der NPD in Mittelfranken.
1989 Nominierung auf Platz 2 der Kreiswahlliste
Erster Kontakt zu Harald Neubauer
Ende 1989 Austritt aus der NPD
1990 Kontakte zu den Republikanern
Mitte '90 Gemeinsam mit Neubauer: Aufbau der 'Vereinigten Rechten', der späteren 'Liga für Volk und Heimat' (DLVH)
Ende '90 Redakteur bei der 'Deutschen Rundschau'
Anfang '91 Aufbau der 'Vereinigten Rechten' in Mittelfranken, Wahl zum Pressesprecher des Frankenrates der 'VR'
Ende '91 Ausstieg aus allen Organisationen und Parteien
Mitte '95 Erster Kontakt zur VVN-BdA Bayern
Februar '96 Schritt an dier Öffentlichkeit
Jörg Fischer arbeitete als Redakteur und freier Mitarbeiter bei der 'Deutschen Stimme', den 'deutschen Monatshefte' und der 'Nation Europa' mit. Er unterhielt eine zeitlang auch einen eigenen Verlag. Seit seinem Ausstieg erzählte er seine Geschichte unter anderem in der taz, der jungen Welt, bei MTV, im Zeit-TV-Magazin und im Dänischen Fernsehen.

Sönke Braasch

NPD mit neuem Bundesvorstand

Beim Bundesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) am 23./24.März 1996 im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Durch die Absetzung **Günter Deckerts** im vergangenen Herbst waren die Neuwahlen erforderlich geworden.

Der seit Juni 1991 amtierende und vergangenen Juni im Rahmen des NPD-Bundesparteitags im niederbayerischen Neukirchen wiedergewählte Günter Deckert (56) verlor in einer Stichwahl gegen den bayerischen Landesvorsitzenden **Udo Voigt** (44). Zu Voigts Stellvertretern wurden neben dem inhaftierten Deckert **Jürgen Schön**, Landesvorsitzender von Sachsen und Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung", und **Udo Holtmann**, Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, gewählt. Neuer Schatzmeister in Nachfolge von **Dieter Fuhrmann** (Mitglied des NPD-Landesvorstands Hessen) wurde **Erwin Kemna** (LV Nordrhein-Westfalen). Drei weitere Personen, **Jürgen Distler**, **Siegfried Stiegelmeier** und der langjährige NPD-Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld** wurden in den Parteivorstand kooptiert. Mit dem ehemaligen WJ-Bundesführer **Wolfgang Nahrath** sowie **Axel Schunk** gehören jetzt zwei führende Funktionäre der 1994 verbotenen Wiking-Jugend als Beisitzer dem Bundesvorstand der NPD an. Die „Jungen Nationaldemokraten" stellen mit ihrem Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** und den Landesvorsitzenden **Achim Ezer** (NRW) und **Michael Wendland** (BaWü) wiederum drei Beisitzer als Mitglieder des Parteivorstands.

Nicht mehr im Parteivorstand vertreten sind **Ellen-Doris Scherer** (NPD-Landesvorsitzende Saarland), **Michael Prümmer** (JN-Bundesvorstandsmitglied), Dieter Fuhrmann, **Peter Marx** (LV Hessen), **Thomas Salomon** (LV Berlin) und **Frank Golkowski** (Landesvorsitzender Thüringen), gegen den die Staatsanwaltschaft Erfurt Anklage erhoben hat. Golkowski habe versucht sich durch Vortäuschung von Straftaten (z.B. eine unter seinem PKW gefundene Handgranate) als Opfer politischer Straftaten zu präsentieren.

Dem Parteipräsidium gehören neben Voigt, Deckert und Schön die Leiter von sechs sogenannten Ämtern an. **Winfried Krauß** als Leiter des Amtes „Politik und Bündnisse", Holtmann als Leiter des Amtes „Organisation", **Karl-Heinz Sendbühler** als Leiter des Amtes „Presse", Holger Apfel als Leiter des Amtes „Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit", **Hartmut Hildebrandt** als Leiter des Amtes „Verwaltung" sowie Schatzmeister Kemna als Leiter des Amtes „Finanzen".

Unklar ist zunächst, wie sich der Flügel um den ins zweite Glied verbannten Deckert verhält. Das „Europa Vorn - Infotelefon" des ehemaligen JN-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, **Manfred Rouhs**, stellte unmittelbar nach der Wahl in „Aussicht, daß möglicherweise ein Teil dieser Leute vom Deckert-Flügel die NPD in den nächsten Wochen verlassen wird."



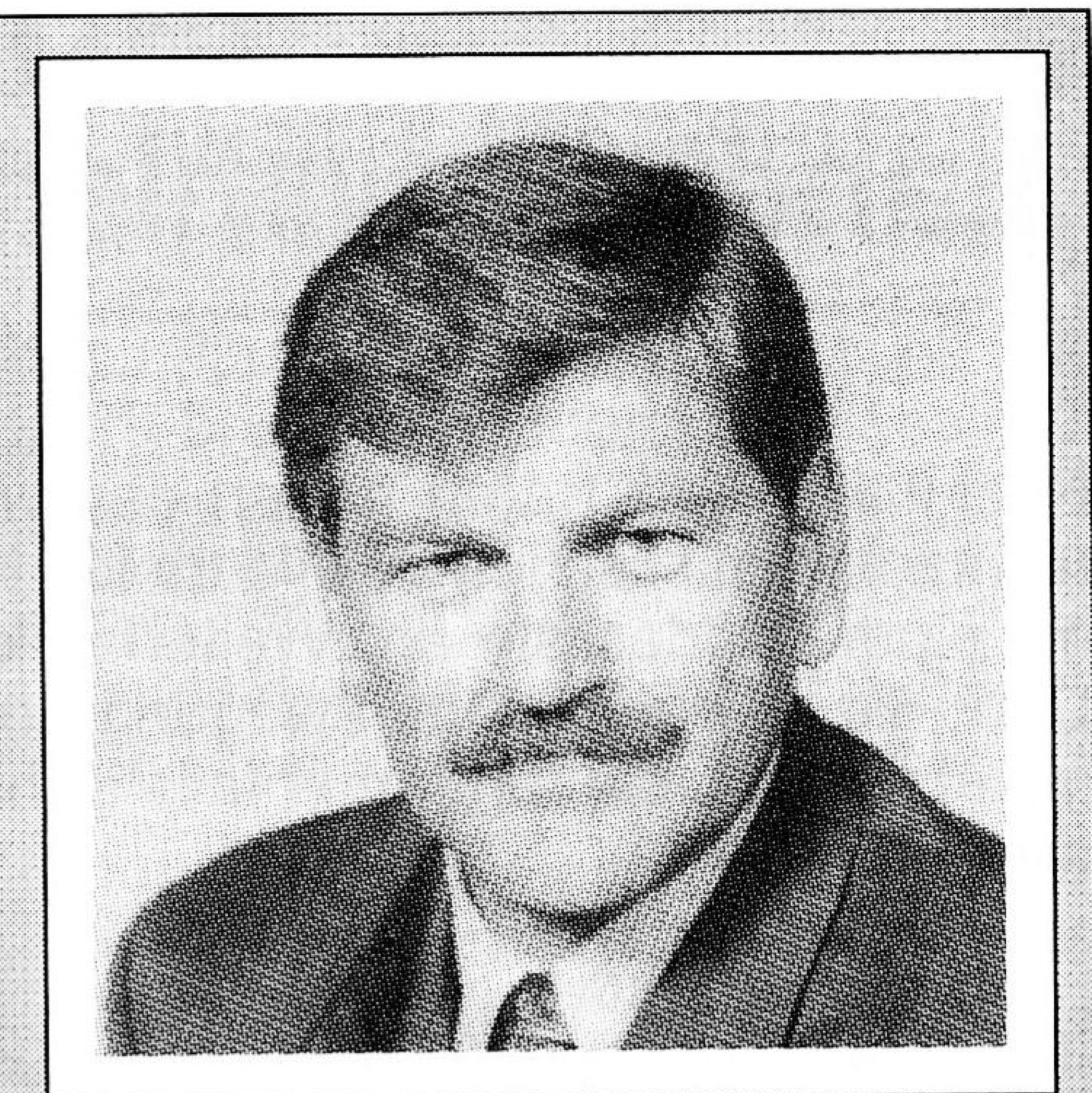
Ex-NPD-Chef Günter Deckert

Der neugewählte Udo Voigt nähert die nur noch rund 4.500 Mitglieder zählende NPD vorsichtig an die „Runden Tische" an. „Runde Tische ja", erklärt Voigt in der jüngsten Ausgabe der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme", „doch mit den politischen Verantwortungsträgern, die auch entscheiden können und auch Entscheidungen herbeiführen wollen, - dazu sagen wir JA!".

Der neue Bundesvorsitzende Udo Voigt und die Beisitzer des neugewählten NPD-Parteivorstands

Per-Lennart Aae (LV Bayern)
Holger Apfel (LV Niedersachsen)
Achim Ezer (LV Nordrhein-Westfalen)
Wolfgang Frenz (stv. Landesvorsitzender NRW)
Gerhard Bucka (LV Hessen)
Hartmut Hildebrandt (Landesvorsitzender BaWü)
Winfried Krauß (LV Saarland)
Reinhard Kessow
Wolfgang Nahrath (Landesverband NRW)
Friedrich Preuß (LV Niedersachsen)
Axel Schunk (Landesverband Bayern)
Karl-Heinz Sendbühler (LV Bayern)
Michael Wendland (stv. Landesvorsitzender BaWü)
Doris Zutt (stv. Landesvorsitzende Hessen)

(LV steht für Mitglied eines Landesvorstandes)



Anna Walloschke

Tummelplatz für NPD und andere Rechtsradikale:

Landhaus Almensee in Bad Dürkheim

Zahlreiche Treffen Rechtsradikaler und neofaschistischer Gruppen haben in der letzten Zeit im Raum Bad Dürkheim (Rheinland/Pfalz) stattgefunden. Das offensichtliche Domizil für derartige Veranstaltungen: die Gaststätte „Landhaus-Almensee" in Bad Dürkheim.

Durch die Abgeschiedenheit dieser eher ländlich strukturierten Kleinstadt konnten die Nazis ihre Treffen in der Vergangenheit relativ ungestört durchführen. Anfangs waren es eher Konzertveranstaltungen der rechten Szene, im März fanden dort jedoch gleich drei Veranstaltungen militanter Organisationen statt: Am 4.3.95 trafen sich Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen FAP im Landhaus Almensee. Unter den rund 100 angereisten Faschisten befand sich u.a. **Rene Rodriguez-Teufer** aus Viernheim, Kader der verbotenen DA/ANK, Mitglied des Deutschen Freundeskreises der AWB (Afrikaaner Widerstands Bewegung des **E.Terre Blanche** in Südafrika, die gegen die Aufhebung des Apartheidsregimes kämpft). Es folgte ein Konzert am 9.12.95. Unter den rund 250 BesucherInnen befanden zahlreiche Skinheads. Ein weiteres Konzert - als Wahlfest der NPD angekündigt - u.a. mit den Gruppen STARKSTROM, NULL ACHT FUFFZEHN, VOLLSTREKKER und erneut **Frank Rennicke** fand am 2.3.96 statt.

Ein weiteres Großereignis für organisierte Neo- und Alt Nazis fand am 8.3.96 ebenfalls in Bad Dürkheim, Almensee, statt. Die Jahreshauptversammlung der HNG („Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene") mit ca. 260 angereisten Kadern des organisierten ultrarechten Spektrums. Nur zwei Wochen später fand im „Landhaus Almensee" der Bundesparteitag der NPD (siehe unseren Bericht) statt.

Am 13.04.1996 das nächste Treffen: Der „2. Runde Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz". Im Rahmen von sogenannten „Runden Tischen" versuchen Rechtsradikale und Faschisten Wahlplattformen zu schaffen. Der erste „Runde Tisch" fand am 2. Oktober 1995 in Ludwigshafen statt: ca. 40 VertreterInnen von NPD, DVU, REP, Aufbruch '94, des Bundes Freier Bürger und der DSU nahmen auf Einladung der Deutschen Liga für Volk und Heimat an dem Treffen teil. Unter ihnen auch die Heidelberger REPs **Werner Beck** (REP-Stadtrat) und **Ellen Geyger** (Kreisvorsitzende Rhein/Neckar Kreis). Von diesem Kreis wurde am 2.10.95 der „Pfälzer Aufruf" verabschiedet, der die Schaffung einer rechten Wahlplattform fordert. Ähnliche Treffen finden seit einem Jahr bundesweit statt (Der Rechte Rand berichtete). Zu dem Treffen am 13. April '96 luden Mitglieder der Deutschen Liga und der „Republikaner" ein. Namentlich sind das **Bernhard Weichel** (ehem. Kreisvorsitzender der DVU Ludwigshafen, jetzt Landesvorsitzender der Deutschen Liga), **Ernst Georg Schlosser** (Mitglied der Deutschen Liga), **Hans Rustemeyer** (Arbeitskreis der ökologischen Patrioten und Mitglied der REP) und **Rolf Schneider** (ebenfalls Mitglied der REP). Als Stargast war der Herausgeber der bereits erwähnten Nazi-Postille „Nation und Europa" und ehemalige Europaparlamentarier und Bundessprecher der DLVH, **Harald Neubauer**, angekündigt. Sein Thema „ Das Elend und neue Chancen der politischen Rechten in Deutschland" vortragen.

(Quelle: Aufruf der Autonomen Antifa Heidelberg)

Neonazi-Morde

Fünf Menschen soll der Neonazi **Thomas Lemke** ermordet haben. Darunter einen vermeintichen „Verräter" aus Neonazikreisen, einen Schwarzafrikaner und ein junges Mädchen, das einen Aufnäher mit der Aufschrift „Gegen Nazis" trug. Seine Aktivitäten in neofaschistischen Organisationen lassen sich bis 1984 zurückverfolgen. Dort hat er ideologischen und moralischen Rückhalt für seine vorangegangenen Straftaten erhalten. Dort haben sich die Feindbilder herausgeprägt, die Grundlage für Lemkes Morde waren. Einer seiner Betreuer war der HNG-Funktionär und FAP-Mitglied **Erhard Kemper**, der ihn auch dazu anhielt, Verhaltenshinweise für „nationale, politische Gefangene" in den HNG-Nachrichten zu veröffentlichen. Immerhin war Lemke dort einmal zum „Gefangenen des Monats" gekürt worden. Auch mit dem österreichischen Neonazi **Günter Reinthaler**, der vor einigen Jahren mit einer Maschinenpistole im Auto eine linke Demonstration in Berlin beobachtete, stand Lemke in Kontakt. Während die Medien bereits dazu übergehen die Mordtaten Lemkes als Taten eines Wahnsinnigen einzustufen, da er in seinen Aussagen behauptet in „Odins Auftrag" gemordet zu haben, ist der Hintergrund wohl eher in der Mordhetze der neofaschistischen Anti-Antifa zu sehen, die Lemke glaubte, in die Tat umsetzen zu müssen. In der Nazi-Veröffentlichung „Der Einblick" hatte es beispielsweise geheißen: „Wir werden hier tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzung, Tötungen usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit den ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht." Zahlreiche Waffen- und Sprengstoffunde bei Nazi-Funktionären in der jüngsten Vergangenheit deuten darauf hin, daß zumindest bei einem Teil von ihnen die Bereitschaft besteht, ihre Drohungen gegen AntifaschistInnen in die Tat umzusetzen.

Sönke Braasch

Landtagswahlen im Südwesten

Am 24. März fanden zeitgleich Landtagswahlen in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg statt. In Rheinland-Pfalz traten neben den vier etablierten Parteien die beiden rechtsextremistischen Wahlparteien NPD und „Die Republikaner" jeweils mit einer Landesliste an. Weiterhin kandidierten in Rheinland-Pfalz die ÖDP, die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität", „Die Grauen", die „Naturgesetzpartei", die fundamentalistische „Partei Bibeltreuer Christen" und die „Stattpartei".



Auch der CDU-Landtagskandidat Bloemecke setzte auf rechte Parolen

Auf die NPD entfielen dabei 0,4%, die „Republikaner" erhielten 3,5 % der Stimmen. Letztere konnten ihr Ergebnis der letzten Landtagswahl von 1991 um 1,5 Prozentpunkte verbessern. In Ludwigshafen, wo seit 1994 eine vierköpfige Kommunalfraktion besteht, erzielten die REP gar 8,2 Prozent der Stimmen. In weiteren Wahlkreisen, vor allem im Regierungsbezirk Pfalz, konnten die REP Ergebnisse von mehr als fünf Prozent erzielen. Auf der zwanzigköpfigen Landesliste der „Republikaner" kandidierten u.a. die Mainzer REP-Funktionäre **Frank Grabert** (25) und **Stefan Stritter** (27). Der ehemalige Hooligan Stritter begann seine politische Karriere Anfang der 90er Jahre beim „Deutschen Jugendbund" in Mainz, der auch Kontakte zur lokalen Neonazi-Szene unterhielt. 1992 schloß sich der „Jugendbund" den kurzlebigen „Jungen Deutschen e.V." als Landesverband Rheinland-Pfalz an.



Zynische Wahlkampfparolen der Republikaner. Die Assoziation mit „Arbeit macht frei" am KZ Auschwitz liegt nahe.

In Baden-Württemberg gelang den „Republikanern", ohne die ursprünglich angekündigten braunen Konkurrenz von NPD, mit 9,1 Prozent der Wiedereinzug in das Stuttgarter Landesparlament. Bei der letzten Landtagswahl im April 1992 votierten gar 10,9 Prozent der Wahlberechtigten im Südwest-Staat für die „Republikaner". Damit schafften die REP ein Ergebnis, was weder der NPD in den 60er und 70er, noch der „Deutschen Volksunion" (DVU) in den 80er und 90er Jahren geglückt war: Bei zwei aufeinanderfolgenden Landeswahlen die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Zwischen 1966 und 1968 zog die NPD mit Ergebnissen zwischen 5,8 Prozent in Schleswig-Holstein und 9,8 Prozent in Baden-Württemberg in sieben Landtage der Bundesrepublik ein. Die nachfolgenden Wahlen brachten in allen Bundesländern das parlamentarische Aus der obendrein völlig zerstrittenen „Nationaldemokraten".

Die DVU gelangte 1987 aufgrund einer Besonderheit des Bremer Wahlrechtes mit dem inzwischen verstorbenen **Hans Altermann** in die Bremer Bürgerschaft, obwohl landesweit lediglich 3,5 Prozent für die Truppe des Münchener Verlegers Dr. **Gerhard Frey** (63) stimmten. 1991 erzielte die DVU im gesamten Bundesland Bremen 6,2 Prozent, ehe sie im Mai 1995 mit zweieinhalb Prozent scheiterte.

Mit der spektakulären Wiederwahl in Baden-Württemberg, es stimmten knapp 440.000 Wahlberechtigte für die „Republikaner" („Wählen macht frei"), muß die These von der kurzatmigen Protestwahl aus dem Jahr 1992 angezweifelt werden. Dennoch gilt die Rechtspartei Wahlforschern wie dem CDU-Mitglied Matthias Jung von der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen e.V." noch immer als „Protestpartei am rechten politischen Rand". Jung diagnostizierte für Baden-Württemberg allenfalls zwei bis drei Prozent gefestigte Rechtswähler. Unter Protestanten fanden die „Republikaner" demnach mehr Zuspruch als unter Katholiken. Ihre besten Ergebnisse konnten die REP in den durch den protestantischen Pietismus geprägten Gegenden Württembergs erzielen. Bei Arbeitslosen und Arbeitern finden die Rechtsaußen mehr Zuspruch als unter anderen Sozialgruppen.

Die „Republikaner" erklärten in ihrem Siegesrausch den Einzug in den Bundestag 1998 zum strategischen Ziel. Bei der letzten Wahl zum Bundesparlament am 16. Oktober 1994 entfielen 1,9 Prozent auf die damalige Schönhuber-Truppe. In Baden-Württemberg gelang den „Republikanern" mit 3,1 Prozent das beste Einzelergebnis auf Landesebene. Im Dezember 1994 verdrängte **Rolf Schlierer** Schönhuber vom Amt des REP-Bundesvorsitzenden. Seinen Verbleib machte der promovierte Mediziner („Das Bild des Polytraumas, Behandlungsergebnisse der Unfallchirurgischen Klinik") vom Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl abhängig.

Derzeit gehören noch rund 12.000 Mitglieder der rechtsextremen Wahlpartei an. Der Höchststand betrug vor einigen Jahren mehr als das Doppelte. Die REP-Organisationsstrukturen im Norden und im Osten der Bundesrepublik sind schlecht. Insbesondere Personal ist dort kaum vorhanden. Weitere Verluste an Mitgliedern scheinen zudem vorprogrammiert, wenn Rolf Schlierer seine vollmundige Ankündigung, Teilnehmer der „Runden Tischen" auszuschließen, tatsächlich realisieren sollte. An den „Runden Tischen" nehmen seit der letzten Bundestagswahl Mitglieder und Funktionäre der REP, der NPD, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH), der DVU, der DSU und weiterer rechter Splittergruppen teil. Selbst unter den REP-Landtagskandidaten von Baden-Württemberg fanden sich mit der Heidelberger REP-Kreisvorsitzenden **Ellen Geyger** (61), dem Heidelberger REP-Stadtrat **Werner Beck** (48) und Dr. **Wolfgang Friedl** (73) drei Teilnehmer der „Runden Tische". **Werner Beck**, ein erklärter Freund **Franz Schönhubers** (73), unterschrieb gar die „Pulheimer Erklärung" vom September 1995, „ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts." Nach Auskunft des „Förderkreises Bündnis Deutschland", einer Art Katalysator der „Runden Tische", sind „deutlich über 100" REP-Mitglieder an den rechten Einigungsbestrebungen beteiligt. Darunter befinden sich teilweise hochrangige Parteifunktionäre.

Schlierer erklärte nach den Landtagswahlen die „Runden Tische" für „im Prinzip tot" und leitete mit Hinweis auf einen Bundesvorstandsbeschluß vom 18. Juni 1995 eine handvoll Ausschlußverfahren ein. In Rheinland-Pfalz ist davon der „Europa vorn"-Autor **Hans Rustemeyer** („Die Krise der Rechten ist eine Krise ihrer Führung. Diese Führung muß ab-

gelöst werden.“) betroffen. Dem ehemaligen Funktionär von NPD und DVU legte der REP-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, **Gerhard Meyer** (53), den Parteiaustritt nahe.

Für die Mannen der „Jungen Freiheit“ (JF) stellen die „Runden Tische“ ein Hindernis dar. Sie, so schreibt die JF, „gefährden den Erfolg einer demokratischen Rechtspartei.“ „Der Wahlerfolg der Republikaner wird nur dann ein fördernder Beitrag für den politischen Erfolg der demokratischen Rechten sein können,“ raisoniert der Geschichts- und Politik-Student **Roland Bubik** (26) in einem JF-Kommentar, „wenn es Schlierer gelingt, die 'Runden Tische' in den eigenen Reihen zu verdrängen.“

REP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

Zu den wiedergewählten Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg **Ulrich Deuschle** (44), **Wolfram Krisch** (61), **Rolf Schlierer** (41), **Michael Herbricht** (49), **Heinz Troll** (57), **Lothar König** (61), **Klaus Rapp** (44) und **Rolf Wilhelm** (40) kommen der seit 1991 amtierende REP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende **Christian Käs** (35), Landesgeschäftsführer **Alfred Dagenbach** sowie **Egon Eigenthaler**, **Alexander Schonath**, **Josef Huchler** und, als künftiger Alterspräsident des Landtages von Baden-Württemberg, **Eduard Hauser** (67) neu hinzu. Die bisherigen Landtagsabgeordneten **Max Reimann** (65), **Horst Trageiser** (59), Dr. **Richard Eckert** (57) **Rudolf Bühler** (56), **Liane Offermanns** (31) und **Karl August Schaal** (60) kehrten nicht wieder in den Landtag zurück. Teilweise wurden sie nicht erneut nominiert, zum Teil gelang ihnen die Wiederwahl nicht. Der Tübinger Landtagsabgeordnete Schaal trat wenige Wochen vor der Wahl vor einem illustren Publikum auf. Bei dem Treffen am 15. Februar 1996 waren **Axel Heinzmann** (49), ehemaliger Chef des „Hochschulring Tübinger Studenten“, der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der inzwischen verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ in Baden-Württemberg **Alois Hogh** (29), **Rainer Baber**, ehemaliges Mitglied der ebenfalls verbotenen Organisationen „Heimattreue Vereinigung Deutschland“ und „Wiking-Jugend“, die ehemalige Schriftleiterin des „Wikinger“, **Edda Schmidt** (geborene **Biber**), und der NPD-Aktivist **Hans-Heinrich Ebner** zugegen. Anfang März fiel Hogh dann auch noch beim Plakatekleben auf. Er war zusammen mit anderen Sympathisanten im Fahrzeug des REP-Abgeordneten Schaal unterwegs. Herbricht beschäftigte bis 1994 das ehemalige REP-Mitglied **Michael Dangel** (28), Kopf des im Juni des selben Jahres aufgelösten rechtsextremen juvenilen „Forum 90“, im Rahmen seiner politischen Tätigkeit als Hilfskraft. Dangel war bis 1995 Bei der „Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ aktiv. Herbricht wurde zum Schatzmeister der neuen Landtagsfraktion gewählt. Rolf Schlierer bleibt Fraktionsvorsitzender. Zu seinen drei Stellvertretern wurden Ulrich Deuschle, Klaus Rapp und Christian Käs gewählt. ◪

Horst Freires

257.000 Mark für die DVU

Nach wie vor: Braunes Wählerklientel in Schleswig-Holstein

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein brachten der DVU 4,3 Prozent ein und damit nicht den Wiedereinzug ins Landesparlament, obwohl Parteichef Gerhard Frey mehrere Millionen Mark in den Wahlkampf investiert hatte. Die Rechtsaußen-Konkurrenz von der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ bekam lediglich 0,2 Prozent zusammen. Für die 64.330 Stimmen darf Frey jetzt 257.000 Mark an Wahlkampfkostenrückerstattung kassieren.



Renate Köhler, DVU

Beide braunen Parteien kandidierten landesweit flächendeckend, während die Republikaner gar nicht erst zur Wahl antraten und ihre gesamte Kraft auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg konzentrierten. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) bot viele „neue“ Kandidaten auf, die DLVH griff auf acht ehemalige Kandidaten der DVU zurück. Die DLVH schickte acht Ehepaare ins Kandidatenrennen. Ehemalige NPD-Kandidaten fanden sich lediglich bei der DLVH wieder, darunter **Rolf-Dieter Böhm**, der in den 70er Jahren an Wehrsportaktivitäten beteiligt war, Wiking-Jugend-Kontakte und auch Drähte nach Südamerika hatte. Die DLVH hat zudem im Umfeld von militanten Neonazi-Skinheads in Büdelsdorf Gesinnungsgenossen rekrutiert.

Die massive DVU-Plakatierung (sogar am Brandhaus von Mölln!) erfuhr kaum Gegenwehr. Dort, wo sich Widerstand regte, war die DVU dann auch einschüchternd zur Stelle. Mit über 20 Aktivisten - darunter aus München und Solingen - war sie bei einer Protestveranstaltung eines parteiübergreifenden Bündnisses im Kreis Pinneberg vertreten, versuchte die Versammlung zu stören und fotografierte alle Teilnehmer. Die Polizei unternahm dagegen nichts. Bis auf wenige Ausnahmen blieben auch die verbalen DVU-Propagandaversuche per Lautsprecherwagen unbehelligt.

Spitzenkandidat bei der DLVH war **Ingo Stawitz**, Landesvorsitzender und auch im Bundesvorstand der Partei wirkend. Für die DVU trat **Heinrich Gerlach** als Spitzenkandidat an. Er fungierte im Kieler Landeshaus der abgelaufenen Legislaturperiode als rechte Hand von Gerhard Frey. Er begann seine „Karriere in braun“ bei JN/NPD in Nordrhein-Westfalen und wirkte für Frey auch einige Zeit als Bindeglied zu den parlamentarischen DVU-Vertretern in der Bremer Bürgerschaft. Eigens für die Landtagswahlen ließ sich Gerlach einen Wohnsitz in Westerland bei der DVU-Aktivistin **Renate Köhler** ausweisen. Übrigens: Als Tip für die Meldebehörde - Renate Köhler verdient ihren Lebensunterhalt durch die Vermittlung von Ferienhäusern.



Ingo Stawitz, Deutsche Liga für Volk und Heimat

Wie fruchtbar der Schoß offenbar immer noch ist, zeigte eine Umfrage des Neumünsteraner Jugendverbandes, an der sich 1.884 14- bis 17jährige beteiligten. Das Votum bescherte der DVU in dieser Altersgruppe immerhin 10 Prozent der Stimmen, bei Haupt- und Realschülern sogar 17,7 bzw. 19,7 Prozent. Als erste Reaktion auf das Wahlergebnis kündigte die DVU an, unter der Regie ihres Landesbeauftragten **Helmut Reichmann** einen neuen Landesverband in Schleswig-Holstein zu gründen. ◪

Herbert Kalus

Streit um das Gedenken

51 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus verstärkt sich der Streit um die (Neu-) Gestaltung antifaschistischer Gedenkstätten. Eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern wird zunehmend betrieben. Das Gedenken, und damit auch die Schlußfolgerungen aus dem antifaschistischen Widerstand, soll offensichtlich verdrängt werden und in einen ominösen antitotalitären, kapitalismusbejahenden Konsens münden. Im folgenden dokumentieren wir einige Beispiele dieser Auseinandersetzungen

Ravensbrück

Mitglieder des Katholischen Deutschen Frauenbundes haben zur Errichtung einer internationalen ökumenischen Begegnungsstätte in Ravensbrück aufgerufen. Die Trägerschaft soll bei katholischen und evangelischen Verbänden, Gruppen und Einzelpersonen liegen. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. weist auf ein „peinliches Mißgeschick" der Initiatorinnen hin, die mit dem Hinweis „Es soll nicht so wie in Auschwitz sein, immer Juden voran", für den zu gründenden Förderverein warben. Die Lagergemeinschaft erklärt: „Wir sind entsetzt über einen solchen Ausspruch aus dem Munde einer engagierten Christin und es fällt uns schwer, diese Worte als eine bedauerliche einmalige Entgleisung zu bewerten."


Eingang der Gedenkstätte Buchenwald

Vorbild für die internationale ökumenische Begegnungsstätte in Ravensbrück soll die christliche Begegnungsstätte in Auschwitz sein. Dieses „Zentrum für Dialog in Auschwitz" wirbt mit einem Faltblatt, in dem jüdischen Symbole verunglimpft werden:

- Der Davidstern zerfällt und verwandelt sich in ein christliches Kreuz.
- Inmitten des Chanukah-Leuchters, an der Stelle einer Kerze, prangt ein christliches Kreuz.

Diese Veröffentlichung ist eine Beleidigung und Verhöhnung der jüdischen Opfer des Naziregimes. Mit dem christlichen Gedanken der Versöhnung hat das nichts mehr zu tun.

Eine Begegnungsstätte mit einer solchen Zielrichtung darf es in Ravensbrück nicht geben."

Die Lagergemeinschaft fordert, um jeglicher Ausgrenzung vorzubeugen, daß „an der internationalen Begegnungsstätte in Ravensbrück, die nicht zuletzt mit öffentlichen Mitteln finanziert werden soll, alle Opfergruppen auch in der Trägerschaft beteiligt sein" müssen.

„Roter Ochse"

In Sachsen-Anhalt wurde am 15. Februar 1996 die Gedenkstätte „Roter Ochse" offiziell vom Innenminister Dr. Püchel eröffnet. Eine Mitwirkung der Verfolgtenorganisationen bzw. des Gedenkstättenbeirats wurde trotz anderslautender Absprachen nicht für nötig erachtet. Als besonders diskriminierend empfanden die ehemaligen NS-Verfolgten, daß sich die „Eröffnungsveranstaltung" fast ausschließlich mit der Zeit nach 1945 beschäftigte. Häftlinge aus der Nazizeit waren dann auch gar nicht erst eingeladen worden. In einer Erklärung des IVVdN wird darauf hingewiesen, daß der Minister kaum auf die rund 1000 Todesopfer der Nazis einging. Er brachte stattdessen „Schätzungen der Anzahl von 4000 bis 5000 Häftlingen der MfS-Zeit, erwähnte aber mit keinem Wort, daß in der Nazizeit die Anzahl um mehr als das zehnfache höher war, und daß teilweise allein die ständige Belegung 2000 Häftlinge betrug."

Neuengamme

Noch immer befindet sich auf einem Teil des ehemaligen KZ Neuengamme eine Justizvollzugsanstalt. Die 1948 getroffene Entscheidung des Hamburger Senats, Teile des ehemaligen KZ's als Gefängnis weiter zu nutzen, stieß von Anfang an auf die Ablehnung der ehemaligen Nazi-Verfolgten. Mit einer Erklärung wandte sich jetzt die Internationale Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme an die Öffentlichkeit. Darin heißt es:

„Während der denkwürdigen Veranstaltungen zum 45. und 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager 1990 und 1995 erklärte der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg in aller Öffentlichkeit und in Anwesenheit hunderter ehemaliger KZ-Häftlinge, Hinterbliebener und Angehöriger, daß Senat und Bürgerschaft die Fehlentscheidung von 1948 korrigieren und das Gefängnis verlagern werden.

Mehr als sechs Jahre nach dem Verlagerungsbeschluß sollte endlich der Senat seinen Worten Taten folgen lassen. Der Senat kann unmöglich die Fehlentscheidung von 1948 mit ins nächste Jahrtausend übernehmen; damit würde er seine Glaubwürdigkeit infrage stellen. Die Teilnehmer der Beratung fordern deshalb von Senat und Bürgerschaft die Verabschiedung eines verbindlichen Terminplanes zur Realisierung ihrer Beschlüsse".

Auschwitz

Nur durch massive Proteste konnte verhindert werden, daß in der Schutzzone des ehemaligen KZ Auschwitz ein Einkaufscenter gebaut wurde. Jetzt konnten polnische Neonazis ungehindert durch die Gedenkstätte ziehen und antisemitische Parolen skandieren. Die von dem Woiwoden von Bielsko-Biala genehmte Zusammenrottung soll nun von polnischen Regierung untersucht werden.

Villa Merländer

Mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld beschlossen, die NS-Gedenkstätte Villa Merländer zu schließen. Nun wird die Gedenkstätte geräumt, zahlreiche Materialien werden in das Stadtarchiv ausgelagert und drohen damit der öffentlichen Auswertung verloren zu gehen. In einem Brief an die CDU-Fraktion schreibt der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der VVN-BdA: „Sie folgen damit einem Trend gewisser rechtskonservativer Kräfte, die den Standpunkt vertreten, daß zu einer Großmachtpolitik Deutschlands, die sie anstreben, die Ideale des Antifaschismus nicht passen, daß der Antifaschismus deswegen, soweit wie derzeit möglich, zu verschwinden habe."

Sachsenhausen

Eine von Neonazis durch einen Brandanschlag zerstörte Baracke der jüdischen Häftlinge des KZ's ist noch immer nicht wiederaufgebaut worden. Der Rest des Lagers befindet sich in einem katastrophalen Zustand und ist vom Verfall bedroht.

Buchenwald

Mit einem neuen Dokumentenhaus soll der Opfer der Internierung (nach 1945) gedacht werden. Auch die Tatsache, daß mehr als 80% der nach 1945 dort Internierten NS-Funktionsträger waren, hat an diesem Plan nichts ändern können.

Interview: Andreas Speit & Andrea Böttjer

NS-Militärjustiz kein NS-Unrecht?

Entlastung der Täter statt Entschädigung der Opfer

Seit Jahren kämpft Ludwig Baumann für die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und deren Entschädigung. Er selbst desertierte im Jahre 1942 von der Wehrmacht, wurde aber beim Überqueren der Demarkationslinie zum unbesetzten Frankreich von einer Zollstreife gestellt. Die NS-Militärjustiz verurteilte Baumann, wie 30.000 andere Wehrmachtsdeserteure, zum Tode - 20.000 Menschen sind hingerichtet worden.

Entwurf zur Entschädigung

Zur Entschädigung von Opfern der NS-Militärjustiz hat die Fraktion Bündnis 90/die Grünen einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, welcher u.a. am Mittwoch, den 24. April, im Rechtsausschuß abschließend beraten wird. Danach sollen Deserteure, Kriegsdientsverweigerer und „Wehrkraftzersetzer" unter dem NS-Regime einen monatliche Rente von 500 und einmalig 5000 Mark erhalten. Bei weitreichende Gesundheitsschäden die aus der NS-Verfolgung herrühren, sollte, so Peter BeckRechtspolitker von Bündnis 90/die Grünen, zudem eine Ausgleichsrente nach dem Bundesentschädigungsgesetz gezahlt werden.

Obwohl sein Urteil nach 7 Wochen Todeszellenhaft in eine 12-jährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden war, ließ man Baumann insgesamt 10 Monate auf seine Hinrichtung warten und folterte ihn. Danach verbrachte er - ähnlich wie über 100 000 andere wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung und Kriegsdienstverweigerung zu hohen Zuchthausstrafen Verurteilte - die Kriegszeit zunächst im KZ Esterwegen und später im Strafbataillon 500 an der Ostfront und geriet bei Kriegsende in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Der heute 74-jährige Träger des Aachener Friedenspreises (1995) und vor kurzem für die diesjährige Verleihung des Friedensnobelpreises nominierte Ludwig Baumann rief im Jahre 1990 mit 37 anderen Überlebenden der NS-Militärjustiz die "Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V." (BV) ins Leben.

DRR: Mit welchem Bild vom Deserteur hatten und haben Sie in der Bundesrepublik zu kämpfen?

Baumann: Der Begriff des Deserteurs ist in allen Staaten und bei allen Völkern negativ besetzt. Nach 1945 wurde das Thema todgeschwiegen und wir selbst hatten nicht den Mut an die Öffentlichkeit zu treten, zu groß war die Diffamierung und Diskriminierung. Wir galten, und gelten ja auch heute noch für etliche, als Vaterlandverräter, Kameradenschweine, Dreckschweine, Feiglinge usw., auch wenn der Krieg, den Hitler und seine Wehrmacht führten, ein unglaublicher Völkermord war, so war trotzdem an eine Aufarbeitung, bzw. als ersten Schritt, eine Thematisierung gar nicht zu denken. Erst recht nicht als Adenauer sich daran machte, die Bundeswehr zu konstituieren. Einhergehend mit diesen Bestrebungen wurden die Verbrechen der Wehrmacht ebenso beflissen verschwiegen wie die Frage der Desertion.

Wenn bekannt geworden war, daß jemand ein Deserteur war, wurde er gesellschaftlich diskriminiert und Morddrohungen waren keine Seltenheit.

Schlimm, aber nicht überraschend - wir waren und sind die personifizierte Anklage, daß man sich diesen Verbrechen verweigern kann.

Allerdings waren wir alleine, nirgends gab es Unterstützung, so daß wir es verdrängten und uns nicht trauten, an die Öffentlichkeit zu gehen. Erst 1990 mit der Gründung der BV konnten wir für die armen und alten Menschen eine Lobby schaffen und so geht es uns auch um Entschädigung, aber auch um Rehabilitierung und die späte Würde.

DRR: Hat sich die Einstellung der Bevölkerung im Laufe der Jahre gewandelt?

Baumann: Das Bild der Deserteure hat sich gewandelt. So diffamiert, wie wir noch vor zehn Jahren waren, sind wir nicht mehr. Es kommt jetzt sogar umgekehrt. Nach einer Umfrage von einem Meinungsforschungsinstitut sind nur noch 15 Prozent der Bevölkerung gegen eine pauschale Rehabilitierung, 36 Prozent halten uns für Widerständler - weil man ja sagen kann, sich Verbrechen verweigern, ist auch zum Widerstand zu rechnen - und 10 Prozent halten uns für Helden. Also, das ist nun gar nicht mein Ding, drückt aber schon die durchschnittlich positive Haltung der Bevölkerung aus: Nur noch jeder siebte Bürger sieht Deserteure negativ, das sind ca. 15 Prozent.



Der von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilte Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann stand dem Rechten Rand für ein Interview zur Verfügung

DRR: Spiegelt sich diese Veränderung in der parlamentarischen Diskussion wider?

Baumann: Langsam schon, mit konkreten Auswirkungen: In einem ersten Schritt der Entschädigung war 1987 ein Härtefond gegründet worden, woraufhin einige der noch lebenden Deserteure den Mut aufbrachten, Anträge bei der Oberfinanzdirektion in Köln zu stellen. Nach jahrelanger Prüfung gab es 1991 die ersten Entscheide: Von 22 Anträgen gab es 20 Ablehnungen und zwei einmalige Leistungen bis 5000 Mark. 1992 gab es 28 Anträge, davon 26 Ablehnungen, eine einmalige und eine dauernde Leistung. Es ist eine neue Diskriminierung, die Leute sind am Verzweifeln. Auch wenn man das nicht so beweisen kann: Seit dieser Zeit sind schon wieder 16 aus unseren Reihen gestorben, Wut und Verzweiflung spielen da mit Sicherheit eine Rolle.

Insgesamt, denke ich, hat sich, trotz allem, die Diskussion im Bundestag zu unserem Vorteil verändert. Wir sind Thema.

DRR: 1991 bezeichnete das Bundesozialgericht die Todesurteile als NS-Unrecht und deklarierte die Militärgerichte als "terroristisch". Welche Auswirkungen, als auch Hoffnungen, ergaben sich für Sie?

Baumann: Wir sind mit diesem Urteil nach Bonn gegangen und in den Unterausschuß Wiedergutmachung gelangt, der jetzt leider in der 13. Wahlperiode ganz weggefallen ist. Ich habe dann Kontakt zu vielen Abgeordneten gehabt, natürlich besonders zu denen der Gegenseite, weil die für uns ja am wichtigsten sind, siehe Sitzverteilung im Bundestag - wie Scholz, Geis (CDU/CSU).

DRR: SPD und Bündnis 90/die Grünen

haben in den letzten Jahren verschiedene Anträge in den Bundestag eingebracht. Was waren die zentralen Inhalte?

Baumann: Der Antrag der SPD vom November 1993 fordert den Bundestag auf, festzustellen, daß „alle Verurteilungen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wegen der Tatbestände 'Desertion/Fahnenflucht', 'Wehrkraftzersetzung' und 'Wehrdienstverweigerung' von Anfang an Unrecht gewesen sind. Es hat sich bei ihnen nicht um Urteile unabhängiger Richter, sondern um Akte eines Terrorsystems gehandelt. Verurteilungen wegen dieser Tatbestände kommt deshalb keine Rechtswirksamkeit zu. Den Opfern derartiger Verurteilungen und ihren Familien bezeugt der Deutsche Bundestag Achtung und Mitgefühl". Die Frage der Entschädigung ist jedoch sehr schwammig und dehnbar formuliert. Die Grünen/Bündnis 90 sind hier klarer und deutlicher und wollen, daß die NS-Militärjustiz als typisches NS-Unrecht deklariert wird. Damit wäre die Entschädigung geregelt.

DRR: Konnten die Inhalte durchgesetzt werden?

Baumann: Insgesamt sind es nicht die Entschädigungen, gegen die sich der Bundestag sträubt. Man würde uns zu gern entschädigen, um danach Ruhe zu haben, strittig ist nur das Entschädigungsverfahren; Und die CDU/CSU, auch die FDP, wollen nicht die Kröte schlukken, daß alles Unrecht war, was natürlich mit der Tradition von Wehrmacht und zukünftigen Bundeswehreinsätzen zu tun hat.

Bei einem Satz aus den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 wie "Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt" könnte ja jemand auf den Gedanken kommen, es seien wieder verbrecherische Kriege.

Ende November 1993 hat die SPD ihren ersten Antrag in den Bundestag eingebracht, am 2. Dezember gab es schon die erste Regung, die Bündnis-Grünen brachten einen eigenen Antrag ein und die Sache wurde fortan verschleppt - auch entgegen den Beteuerungen von Geis und Scholz, die versprachen, eigene Anträge einzubringen. Kurz vor der Neuwahl hatte Peter Struck (SPD) dann hinbekommen, eine Sitzung anzuberaumen, wo über den SPD-Antrag abgestimmt werden sollte, welcher an den Rechtsausschuß des Bundestages verwiesen wurde und danach passierte erstmal nichts mehr. Erst nachdem im Februar 1995 SPD und Bündnis 90/die Grünen neue Anträge einbrachten, wurde im November einen Öffentliche Anhörung des Rechtsausschußes durchgeführt. Es war unglaublich, was dort passierte. Einige Vertreter der CDU/CSU relativierten die Verbrechen der Wehrmacht, selbige stellten fest, daß die Militärjustiz kein Unrecht gewesen war - insbesondere kein NS-Unrecht - und gleichzeitig diffamierten sie uns erneut. Was auch nicht überraschte, die CDU/CSU hatte sich als Sachverständige Dr. Jürgen Schreiber (siehe Kasten), Prof. Dr. Alfred de Zayas und Otfried Keller geladen. Alle Drei haben sich in der Vergangenheit mit Versuchen profiliert, die Verbrechen der Wehrmacht zu verharmlosen.

DRR: Gegen einen "Persilschein" für Deserteure sowie "eine pauschale Kennzeichnung der Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus als Terrorinstrument des NS-Staates" verwehrt sich der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU Norbert Geis. Die CDU/CSU möchte die bestehende Regelung der Einzelfallprüfung beibehalten. Wie stehen Sie zu dieser Regelung?

Baumann: Wenn man diese Presseerklärung vor dem Hintergrund des neuen Urteils (BGH, 16.11.1995) liest, wo die Blutrichter als Kapitalverbrecher bezeichnet werden, so wird mir wirklich Angst und Bange über die Richtung der CDU/CSU. Bei Geis sind Leute wie Filbinger die Opfer und wir, nach 50 Jahren, immer noch die Täter, es ist unfaßbar. Geis, selbst Anwalt, hat sich angeboten, die Einzelfallprüfung durchzuführen und seine Praxis zur Verfügung zu stellen. Das wäre ja zu schön: Wenn sich Leute an ihn wendeten, könnte er auch noch behaupten, er sei der große Rehabilitierer.

Zum anderen ist es unglaublich, kein Soldat hat sich je fragen lassen müßen, warum er diesen Krieg mitgemacht hat und was er dort getan hat; wir dagegen sollen uns jetzt nach über 50 Jahren einer Einzelfall- und Gewissensprüfung unterziehen. Dies würde keiner von uns alten gebrechlichen Menschen überleben und diese Entwürdigung werden wir uns auch nicht antun.

Es wird in der deutschen Geschichte dann so bleiben: Hitlerdeutschland führte einen verbrecherischen Angriffskrieg, und die sich dem verweigert haben, bleiben vorbestrafte Verbrecher. Es handelt sich, bei unserern Forderungen, um eine symbolische Unrechtserklärung, und da noch eine Einzelfallprüfung zu fordern, ist bloßer Zynismus.

DRR: Aus welchen Beweggründen heraus sperren sich Vertreter der CDU/CSU?

Baumann: Die Richter, die uns verurteilt haben, haben, je mörderischer sie waren, desto sicherer über den Krieg hinaus Karriere gemacht und die Nachkriegsrechtsprechung entscheidend mitgeprägt. Würde man uns jetzt rehabilitieren, wären diese Richter schuldig gesprochen. Gegen eine pauschale Rehabilitierung darüberhinaus wehrt man sich, da damit alle Soldaten der Wehrmacht pauschal ins Unrecht gesetzt würden. Nun, man kann doch den Soldaten der Wehrmacht, die glaubten, für eine gerechte Sache zu kämpfen und sich geirrt haben, die Ehre lassen und uns die Ehre geben.

DRR: Die Soldaten- und Traditionsverbände sind über diese Debatte entsetzt und lehnen eine Rehabilitierung grundsätzlich ab. Was ist ihre Intention?

Baumann: Traditionsverbände und Bundeswehr spielen eine große Rolle in der Diskussion. Neben einer großen Lobby hat der "Ring deutscher Soldatenverbände" alleine 430.000 Mitglieder, die Druck ausüben. Sie sehen in der Rehabilitierung von Deserteuren eine klare Diffamierung der ganzen männlichen Kriegsgeneration. Der Mythos des "Deutschen Soldaten", der treu, tapfer, aufrecht gekämpft hat und von Hitler mißbraucht wurde, soll erhalten bleiben.

In jeder Diskussion, die dies in Frage stellt, sei es z.B. auch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion und Jugoslawien, sehen sie einen An-

Claus Dümde

Staatsanwalt bekämpft Meinungsfreiheit - Nazi Dietl als Vorbild eines MdB

Kurt J. Rossmanith ist Bundestagsabgeordneter der CSU. Seit 1980 vertritt er den Wahlkreis Ostallgäu. Und Positionen, die Rechtsradikale als Ehrensache betrachten. So ist für den Diplom-Verwaltungswirt, der im Bundestagshandbuch ausdrücklich vermerken läßt, daß er 1944 im „Sudetenschlesien" das schon arg verdüsterte Licht des Tausendjährigen Reichs erblickte, Hitlers Lieblingsgeneral Dietl ein „Vorbild in menschlichem und soldatischem Verhalten". Obwohl dieses Nazi-Idol nachweislich Kriegsverbrechen beging.

Seine Bewunderung für Dietl rülpste Rossmanith nicht etwa im Bierzelt bei einem Vertriebenentreffen, sondern sprach sie am 12. Oktober 1995 im Plenum des Bundestages aus. Was Günter Ettling aus Obergünzburg, gleichfalls im Allgäu, dazu bewog, Rossmanith als „Nazi-Fan" zu bezeichnen. Was ja offenkundig ist. Und für Ettling, der jahrelang gegen die Glorifizierung von Nazi-Größen als Namenspatrone von Bundeswehrkasernen kämpfte, empörend.

Empört war freilich auch Staatsanwalt Stangler aus Kempten, der - wie auch immer - von Ettlings Meinung über Rossmanith erfuhr. Denn die hatte der Antifaschist nicht mal öffentlich geäußert, sondern in einem Brief an einen Polizeidirektor Memel. Jedenfalls beantragte der beamtete Rechtsbewahrer beim Kreisgericht Kaufbeuren einen Strafbefehl gegen Ettling wegen „Beleidigung", 30 Tagessätze je 60 DM.

Das geschah „natürlich", ohne den Beschuldigten überhaupt anzuhören. Doch zum Glück kannte der Amtsrichter Müller nicht nur die Gesetze, sondern hielt sich - anders als der Staatsanwalt - auch dran. Ergo lehnte er den Erlaß des Strafbefehls ab, „weil die Äußerung des Beschuldigten in seinem Grundrecht der freien Meinungsäußerung durchaus gedeckt ist". Dabei verwies der Richter u.a. darauf, daß in der fraglichen Bundestagsdebatte u.a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büttner (Ingolstatt) erklärte: „Das ist die Nazi-Tradition, in der Herr Rossmanith steht."

Offenbar. Doch das auszusprechen ist in Bayern anscheinend strafbar. Denn Staatsanwalt Stangler legte gegen den Freispruch Ettlings „sofortige Beschwerde" ein.

Dieser Artikel erschien zuerst in Neues Deutschland, 4. April 1996

griff auf ihren Mythos. Im Unterschied zu früher stehen sie ab und zu allerdings mit dem Rücken an der Wand.

Doch selbst innerhalb der Union hat ein Wandel stattgefunden; vor allem junge Unionsabgeordnete wollen mit uns ziehen. Sie schlagen vor, die Unrechtsurteile als Terrorurteile nach dem heutigen Grundgesetz zu bezeichnen. Aber wir wollen nicht, daß die Urteile nach heutigem Verständnis als Unrecht gelten, denn sie waren von Anfang an Unrecht. Geis und Scholz sind damit einverstanden, wollen aber ergänzen "wenn sie aus ehrenwerten Gründen desertierten" - da aber in ihren Augen überhaupt niemand aus ehrenwerten Gründen desertiert ist, heißt das natürlich "überhaupt keiner". Es wird sich also an Kleinigkeiten bei Formulierungen aufgehalten, um uns nicht den einfachen Satz: "Alle Urteile waren von Anfang an Unrecht" zuzugestehen.

DRR: Tucholskys Feststellung "Soldaten sind Mörder" sorgte für Aufregung und war Auslöserin der Diskussion um einen "Ehrenschutz der Bundeswehr". Wie schätzen sie ihre Erfolgschancen vor diesem Hintergrund ein?

Baumann: Die Traditionsbindung der Bundeswehr zur Wehrmacht ist sehr tief. Und doch kam es zur Umbenennung der Dietl- und Kübler-Kasernen, was Rühe vermutlich nicht gemacht hat, weil es ihm eine Herzensangelegenheit war, sondern, um Ballast abzuwerfen, auch in Hinblick auf künftige Bundeswehreinsätze.

Ich kann überhaupt nicht sagen, ob uns das von Vorteil oder Nachteil sein wird. Genauso kann man nicht sagen, wie sich die SPD zu uns verhalten wird. Man kann befürchten, daß sich die SPD, wo sie jetzt bei den Landtagswahlen verloren hat, noch mehr über den Tisch ziehen lassen wird. Oder aber es setzen sich Leute wie Frau Däubler-Gmelin durch, die sich vermutlich einen Nutzen daraus erhoffen, wenn sie "Profil" zeigen. Im Moment ist alles relativ offen. Aber ich kann mit dem Zitat gut umgehen.

DRR: Wirkt sich Ihre Nominierung für den Friedensnobelpreis auf Ihre zukünftige Arbeit aus?

Baumann: Wir sind auf Weisung Hitlers "Der Soldat an der Front kann sterben, der Deserteur muß sterben" mit über 30.000 Todesurteilen und über 100.000 hohen Zuchthausstrafen verfolgt worden - wenn diese Nominierung also für uns und unsere Toten zum Gedenken ist und vor allem wenn der Gedanke fruchtbar werden kann, daß Desertion eine Hoffnung für den Frieden ist, ist die Nominierung eine wertvolle Unterstützung unseres Kampfes, also auch in Hinblick auf Deserteure der Gegenwart und Zukunft. Es ist an sich ein Wahnsinn: Wenn ich einen Menschen umbringe, bin ich ein Mörder, und wenn es mir einer befiehlt, bin ich ein Held und bekomme einen Orden. Diesen Wahnsinn zu durchbrechen, zu sagen: Nein, ich will Leute nicht umbringen und ich will leben, ist für mich eine Hoffnung gegen den Krieg und für den Frieden. Wenn uns also in diesem Sinne der Nobelpreis zuerkannt wird - wovon ich nicht ausgehe-, dann würden wir uns sehr freuen.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch.

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte hat zu diesem Thema in der Schriftenreihe zur NS-Verfolgung die Broschüre "Opfer der NS-Militärjustiz - zur Notwendigkeit der Rehabilitierung und Entschädigung" herausgegeben, zu beziehen über die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Friedrich-Humbert-Str.116, 28759 Bremen, Tel.:0421-622073.

Auf Anfrage steht Ludwig Baumann auch für Veranstaltungen zur Verfügung!

Andreas Speit

Jurist und Soldat - Dr. jur. Jürgen Schreiber, Generalmajor a.D.

Wie die NS-Militärhistorie wahrzunehmen sei, erforschte Dr. jur. und Generalmajor a.D. **Jürgen Schreiber** sehr genau und publizierte über 800 mal. Eine NS-Militärjustiz habe es ebensowenig gegeben, wie eine Kriegsgerichtsbarkeit der Deutschen Wehrmacht, die nicht auf rechtsstaatlichen Gesetzen beruht hätte und die Verbrechen der Wehrmacht seien so recht keine. Hieraus resultiert für den Sachverständigen der CDU/CSU, daß dem „Typus des Deserteurs" keine Anerkennung gezollt werden solle und daß das Urteil des Bundessozialgerichts, vom 11. September 1991, in dem einer Witwe eines hingerichteten Deserteurs eine Rente zugesprochen wurde, nicht auf den historischen Fakten basiere. Nicht so engagiert, souverän und offen geht der Präsident des „Rings Deutscher Soldatenverbände e.V." (RDS), Bundesvorsitzende des „Verbandes deutscher Soldaten" (VdS) sowie Vorsitzende des „Deutschen Luftwaffenringes" (DLwR) mit seiner eigenen Biographie um.

Der „Soldat und Jurist", Jahrgang 1926, wie er sich selbst betitelt, machte 1944 eine Offiziers- und Flugzeugführerausbildung an der Luftkriegsschule 4 in Fürstenfeldbruck. Doch da die Luftwaffe 1945 kaum noch existierte, kommandierte man die Unteroffiziere mehr und mehr zur Infantrie an die Front. Grund genug für den „Soldaten und Juristen" am 18. Februar 1945 seinem Vater, dem Generalrichter am Reichskriegsgericht, **Kurt Franz Schreiber**, in der Hoffnung zu schreiben, dessen Worte am richtigen Orte würden ihn vor der Abkommandierung an die Front schützen: „Lieber Pappi! Heute kam Dein Brief vom 12. (...) Besten Dank!. Die Post ist ja miserabel, [so daß Du] am 12. meinen Brief noch nicht hattest! Wie es hier



jetzt steht, schrieb ich schon im groben und ganzen. Allerdings hat sich die Sache insofern verschärft, als von den meisten (auch Vorgesetzten) mit dem 1. März die Versetzung zur Infanterie angenommen wird. Wenn Du auf Grund meines letzten Briefes nichts unternommen hast, dürfte es jetzt zu spät sein. Dennoch schreibe ich Dir 2 weitere Stellen, die Einfluß auf unsere Ausbildung haben (...)". Am Tag darauf, der nächste Brief mit der dringlichen Bitte: „Lieber Pappi! (...) Nimm bitte die Angelegenheit noch einmal energisch in die Hand, ehe es vielleicht doch zu spät ist".

Ludwig Baumann bekam die persönlichen Briefe von einem deutschen Historiker, der sie in einem Prager Archiv fand. Lakonisch merkt Baumann hierzu an: „Vernünftigerweise wollte keiner mehr an die Front. Nur hatten die anderen Soldaten keinen Generalrichter zum Vater, der da mit seinen Beziehungen nachhelfen konnte. Wenn Generalmajor a.D. Schreiber nicht so unbelehrbar wäre, könnte er sich gut bei uns 'Wehrmachtsdrückebergern' einbringen". Dies ist nicht aus der Luft gegriffen. Der Chef der Heeresjustiz, **Karl Sack**, schrieb in einer Weisung vom 1. September 1943: „Im übrigen muß auch der Soldat, der nicht den Willen hat, an gefährdeten Stellen zu kämpfen, wohl aber in anderen Feldgruppenteilen (...) als Fahnenflüchtiger behandelt werden".

Mit diesem Ausschnitt seiner Historie scheint Dr. jur. Schreiber, Doktorand über Kriegsdienstverweigerung, ehemaliger Referent im Verteidigungsministerium, langjähriger Schriftleiter der „Neuen Zeitschrift für Wehrrecht", Kommentator des Militärrechtes, an dessen Entwicklung er mitgearbeitet hat, nicht so vertraut. Die Echtheit der Briefe bestritt er in der 31. Sitzung des Rechtsausschusss des Deutschen Bundestages. „Ich habe ihn noch nie gesehen". Ob die Originale der Feldpost den virulenten Streiter für den Mythos des „guten deutschen Soldaten" eines besseren belehrten und gar ein Umdenken in Gang setzten, blieb bis dato sein Geheimnis.

Olaf Goebel

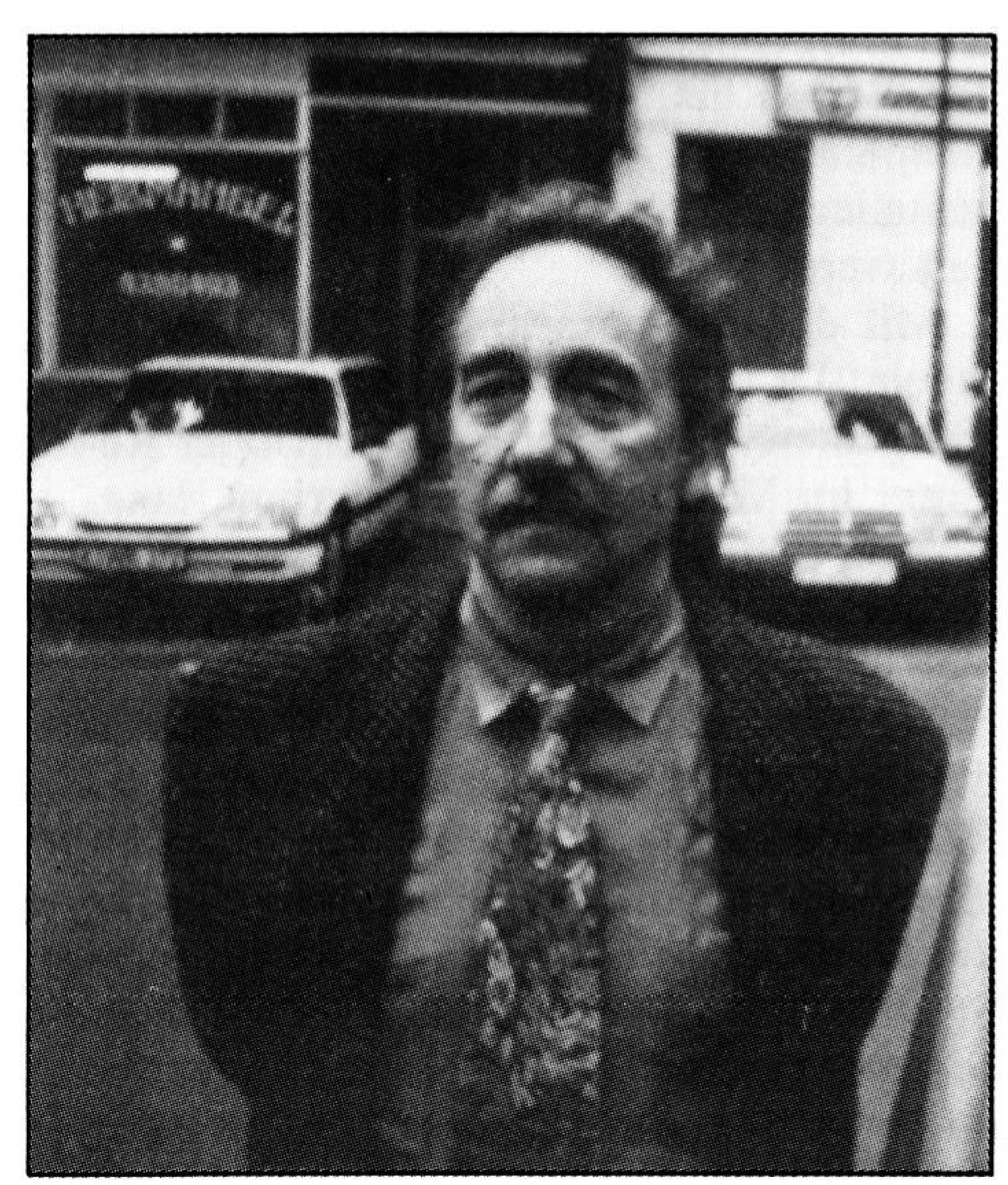
„Europa Vorn" vor dem Aus?

„Junge Freiheit" verklagt „Europa Vorn"

Aufgrund einer Anzeige der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) gegen Europa Vorn (EV), hat das Amtsgericht Hannover der Klage auf Zahlung von Schadensersatz stattgegeben. Angeblicher Hintergrund: eine 1995 in der EV abgedruckte Karikatur, die ein Jahr vorher in der JF erschienen sein soll und worauf diese die Urheberrechte habe.

Hinter dem Zwist steckt aber mehr, es ist ein Konflikt zwischen der „nationalliberalen" Position der Jungen Freiheit und der „nationalradikalen" der Europa Vorn. Beide verstehen sich als Stimme der „Neuen Rechten" und buhlen um Leser, Einfluß und Geld.

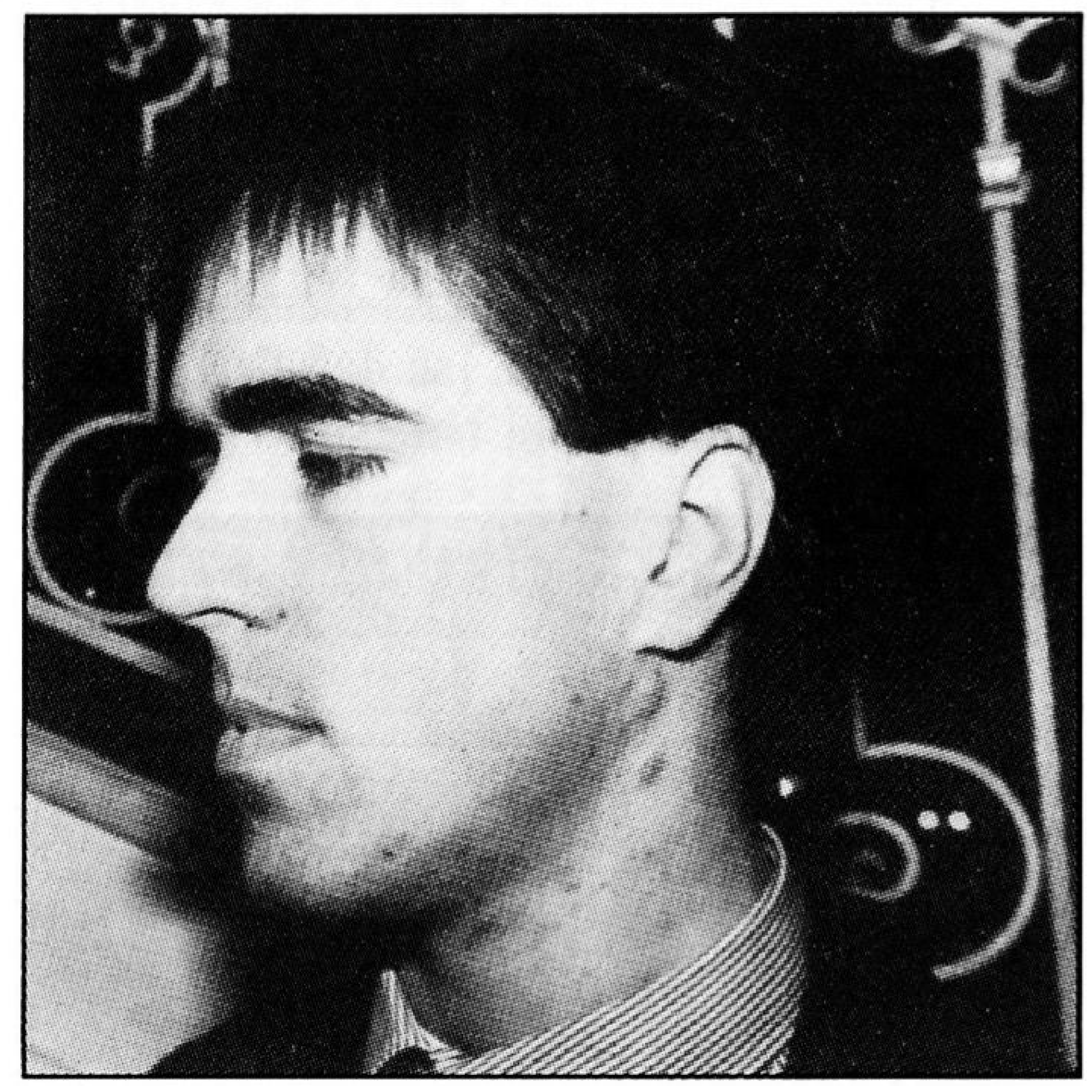
Die EV erscheint seit Juni 1987 in Köln und seit 1991 zweiwöchentlich. Die Auflage liegt Schätzungen zufolge bei 15.000. Herausgeber ist der Kölner „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) -Funktionär **Manfred Rouhs**, ehemaliges Mitglied der NPD und der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), des „Studentenbunds Schlesien" (SBS), des „Bundes Heimattreuer Jugend" (BHJ) und der „Republikaner". Sein Blatt vertritt die „politische Theorie der europäischen Neün Rechten" und fordert die „Beseitigung des liberalistischen Systems der BRD". Ursprüngliche Zielgruppe waren die „Republikaner". Das Ziel: deren Intellektualisierung und die Erneuerung der Deutschen Rechten. Gelungen ist aber nur die Neuformulierung alter Muster, der Sprung in die intellektuelleren Kreise der Szene gelang nicht. Kostprobe aus Rouhs' Autoren-Nähkästchen: ein Beitrag zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Er betont, daß dort „die Nationalisten auf der einen Seite, der materialistisch-hedonistische Abschaum auf der anderen" Seite kämpfen. Seine Position: „Wir kämpfen für den totalen, weltweiten Sieg des Nationalismus. Wir wollen keine Kompromisse." Kontakt hält Rouhs bis heute in die Skinheadszßene, wo er versucht mit seinem angegliederten Versand „doitsche" CDs und Bücher abzusetzen. Bei Veranstaltungen der DLVH setzte Rouhs die Schlägertruppe des Solinger **Bernd Schmitt** zum Saalschutz ein.



Bernd Schmitt

Schmitt war Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und Trainer der Brandstifter von Solingen.

Fast parallel entwickelte sich seit 1986 die Junge Freiheit, die ebenfalls das Spektrum der „Republikaner" ansprechen wollte, aber auch immer ein Auge auf ein rechtskonservativ-liberales Klientel geworfen hatte. Dank breiter Unterstützung, auch aus CDU/CSU-Kreisen, erscheint die Zeitung heute mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren. Herausgeber ist **Dieter Stein**, bekannt geworden durch das Zitat: „treten wir aus dem Schatten Hitlers heraus". Vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg schwelgte JF-Chefredakteur Stein in Visionen für die Zukunft: Vermutlich sei die F.D.P. auch in Baden-Württemberg am Ende



Dieter Stein

und vielleicht könnten ja die Republikaner von der zerbröselnden F.D.P. profitieren und doch wieder in den Landtag einziehen, denn die REP sollten nach Umfragen zwischen vier und sechs Prozent erreichen können *(was sich so nicht bestätigt hat; d.S.)*. Stein prognostizierte, daß im nächsten Jahr „die Maastricht-Luftblase" platzen werde - und sah damit eines der Ziele von Rechtskonservativen und Neofaschisten erreicht: Der Euro kommt nicht. Die Redaktion der JF wies in einem herausgestellten Kasten darauf hin, daß die F.D.P. nach Meinung der Politologen Lösche und Walter auf ein Wählerpotential bis zu 15 Prozent haben könnte, wenn sie sich „nationalliberal" wende. Stein wußte was nötig wäre um sich den Nationalliberalen anzunähern: „Voraussetzung dafür ist, daß man ohne Wenn und Aber den verbrecherischen Charakter der NS-Herrschaft anerkennt." Nicht zuletzt solche Äußerungen brachten der Zeitung den Beinamen „Junge Feigheit" innerhalb der rechten Szene ein.

Ab 1994 sollte die EV als Wochenzeitung



Manfred Rouhs

erscheinen, die JF hatte gleiches ab 1995 vor. Betont wurde schon damals keine Konkurrenzblätter zu sein, trotzdem warf Rouhs der JF vor, daß es ihr lediglich um den „Systemerhalt, repräsentiert durch eine starke CDU/CSU" ginge. Stein scheint auf die ständigen Attacken Rouhs mit der Anzeige reagiert zu haben, aber es geht ihm wohl auch um die Ausschaltung des politischen Gegners Rouhs. Bei einem Aus für die EV würden ihm am ehesten die Leser zufallen, was eine guttuende Finanzspritze für die JF wäre. Rouhs kontert in seinem neuesten Schreiben mit dem Vorwurf, daß sich die JF mehr und mehr zum „Trojanischen Pferd des Liberalismus" entwickele. Den JF-Unterstützern macht er klar, daß „jeder, der meint ein Blatt wie die JF unterstützen zu müssen, sich außerhalb des patriotischen Spektrums" stelle.

Die Wut von Manfred Rouhs ist verständlich, schafft jetzt vielleicht das Konkurrenzblatt JF etwas, was die antifaschistischen Strukturen trotz kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit und zahlreichen Aktionen nicht geschafft haben: Die Einstellung der Europa Vorn. Finanziell steht Rouhs mit seinem Zeitungsprojekt, trotz angegliedertem CD- und Buchverkauf, vor dem Ruin. Außerdem wurde ihm vor Kurzem seine Dachwohnung gekündigt, weil er diese „vertragswidrig als Büro und Anlaufstelle der rechtsradikalen Vereinigung „Deutsche Liga" nutze, so die Anwältin seines Vermieters in einem Schreiben vom 27.2.96. Außerdem nutze er seine Wohnung „wesentlich" um eine „der führenden Nazi-Hetzschriften in Deutschland" herzustellen: Die Europa Vorn. In seiner Mietwohnung befinden sich außerdem mehrere Telefon- und Faxanschlüsse, so daß davon auszugehen ist, daß von dort aus auch das „Europa Vorn Infotelefon" betrieben wird. Für Rouhs ist das nicht das erste Mietproblem, das Europa-Vorn-Büro ist bisher aus drei Objekten rausgeflogen. Überall hatten sich AnwohnerInneninitiativen gegen die braunen Nachbarn gegründet und so dem Spuk immer wieder ein vorläufiges Ende bereitet. In einem „dringendem Spendenaufruf" an die „lieben politischen Freunde" teilt Rouhs jetzt mit, daß er „dringend und schnell finanzielle Hilfe" brauche und weist darauf hin, daß „wenn die meisten Empfänger diesen Spendenaufruf achtlos beiseite legen, Europa Vorn eingestellt werden muß."

Justin Hall

Zillo: Ein alternatives Musikmagazin gibt Rechten Schützenhilfe

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren pro Monat gilt als erfolgreiches Bindeglied zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus und läßt in Interviews angefangen von CDU-Rechts außen Heinrich Lummer bis hin zum Holocaust-Leugner David Irving, alle zu Wort kommen, die sich, in welcher Form auch immer, den anti-liberalen, nationalistischen und ethno-pluralistischen Ideen der sogenannten „Neuen Rechten“ verbunden fühlen.



Das Musikmagazin „Zillo“, mit einer monatlichen Auflage von 70.000 Exemplaren, berichtet über nahezu alle bekannteren Bands aus dem weiten Spektrum der Independent-Musik, angefangen von Dark-Wave/Gothic bis hin zu Punk oder Grunge. Es versteht sich selbst als „unpolitisch“, der Herausgeber **Rainer „Easy“ Ettler** macht aber seine ablehnende Haltung zu Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und v.a. der Intoleranz - meist in Vorworten - immer wieder deutlich. Aussagen wie „Nicht ein Marx, Engels oder Adolf Hitler sollten Vorbilder sein, sondern wie wäre es z.B. mit Jesus?“ (im April ‘95) lassen aber den Verdacht aufkommen, daß diese Einstellung mit einer gehörigen Portion Naivität gepaart ist. Als im Frühjahr 95 das in Durmersheim bei Karlsruhe geplante Zillo-Festival aufgrund des Widerstandes von CDU-lerInnen und KirchenvertreterInnen, die eine „Schwarze Invasion“ und „gebratene Katzen“ in ihrer Umgebung fürchteten, abgesagt und nach Rüsselsheim verlegt werden mußte, trat die „Junge Freiheit“, namentlich Ressortleiter **Roland Bubik** auf den Plan. In einem unkommentierten Leserbrief im Zillo, stellte er sich hinter das Independent-Magazin und den als „Satanisten“ verleumdeten Dark Wave- Publikum und stellte - wie rechte Szene-Bands wie „Death in June“, „Forthcoming Fire“ u.a. beweisen - gar nicht mal zu Unrecht fest: „Es scheint uns so, als ob in der Suche nach dem Einhüllend-Mystischen eine romantisierende Grundstimmung zum Ausdruck kommt, die sich der heutigen permissiv-liberalen Gesellschaft mit ihrem Charme einer permanenten Verkaufsausstellung entgegenstellt“. Daraus folgerte er: „Insofern sehen wir durchaus eine in bestimmten Teilen gemeinsame Basis“. Schließlich gab er noch seinem Wunsch Ausdruck, daß es schön wäre „wenn die ‘schwarze Szene’ eine Offenheit beibehalten würde, in der für Ausgrenzungsmechanismen a` la Political Correctness kein Platz ist“. Getreu seiner tolerant-offenen Einstellung schien Easy Ettler diesen Ruf dann im Februar 96 gefolgt zu sein. In einer Anzeige im Zillo wirbt die JF u.a. mit einem Bericht über „Forthcoming Fire“ sowie der Verleihung des „Zillo-Preises für alternative Rockmusik“. Dazu kommt noch, daß JF-Mitarbeiter **Peter Boßdorf** (Ex-Vorsitzender des „Gesamtdeutschen Studentenverbands“) seit geraumer Zeit gleichzeitig “ständiger Mitarbeiter“ bei Zillo ist. Als daraufhin u.a. verschiedene Labels und MusikerInnen dagegen protestierten bezeichnet Easy Ettler das Abdrucken der Anzeige „einer politisch tendenziellen Zeitung“ als Fehler und betont abermals, daß das Zillo weder „rechtsnoch linksradikal“ sei und er von diesem „verdammten Thema“ nichts mehr hören wolle. Aufgrund von Presseberichten in verschiedensten Zeitungen, wurde aber das Thema doch noch in der Aprilausgabe ausführlich behandelt. Neben drei LeserInnenbriefen und einem Abdruck eines Artikels des konservativen Magazins „Focus“, in dem Rainer Ettler unter anderem das Statement abgibt: „Wegen einer Antifa-Anzeige hätte kein Hahn gekräht“, findet sich dort auch seine Stellungnahme zu dieser Sache. Darin beruft er sich auf die Meinungs- und Pressefreiheit, durch die die Existenz der „Jungen Freiheit“ ja legitimiert sei, sowie die nicht (*mehr*; - Anm. des Verfassers) stattfindende Überwachung durch den Verfassungsschutz. Außerdem würde sich sicher die Staatsanwaltschaft mit ihnen beschäftigen“, falls die JF „gegen Gesetze verstoßen“ würde, so Easy Ettler, und überhaupt kann er auch „mit einem Konservativen unter seinen Mitarbeitern leben“ der nun mal „statt Marx, Adenauer als Vorbild betrachtet“, wobei er einen „echten Nazi“ oder „Neonazi“ natürlich nicht akzeptieren würde. Desweiteren beruft er sich darauf, 1982/83 seinen damaligen Punk-Club in Hamburg sowohl gegen Skinheads als auch gegen spießige Behörden verteidigt zu haben und am Ende, nach der Zwangsschließung, mit 150.000 Mark Schulden dagestanden zu haben. „Extremkritiker“- wie er sie nennt, sehen deshalb seiner Meinung nach „Gespenster“ oder führen „ihren privaten Kleinkrieg gegen den politisch Andersdenkenden“. Der Zillo-Chefredakteur schließt seine Stellungnahme mit den Worten: „So, Ihr Kritiker, erzählt mir bitte nicht, wie ich mich zu verhalten habe!“

Antisemitismus

Im rechtsextremen Münchner „Freiheitlichen Buch-und Zeitschriftenverlag“ (FZ) ist das Buch „Wer ist wer im Judentum?“ eines **„David Korn“** erschienen. Auf Anfrage erklärte die Bundesregierung (Drucksache 13/4086), daß in dem Werk das „alte antijüdische Topos von einer jüdischen Verschwörung oder Cliquenherrschaft“ gepflegt werde. Außerdem relativiere der Autor „die deutsche Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes“ und brandmarke die „Umerziehung“ des deutschen Volkes nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Buch, so die Bundesregierung, delegitimiere „damit eine Erziehung im freiheitlich demokratischen Geiste des Grundgesetzes.“ Das ideenpolitische Organ von Rechtsextremisten jeglicher Couleur, „Nation+Europa“ kommt in einer Rezension des Buches zum Fazit, daß diesem „durchaus aufklärerische Wirkung“ zukomme.

Ostwald verurteilt

Günter Ostwald (68) aus Lübeck wurde jetzt vor dem Schöffengericht der Hansestadt zu sechs Monaten Haft auf Bewährung sowie 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Mai 1994 war bei einer Hausdurchsuchung im Anwesen des ehemaligen Republikaners kartonweise rechtsextremistisches Schriftgut entdeckt worden, darunter vier Ausgaben der „Remer-Depesche“. Ostwald gehörte schon Ende der 50er Jahre zu den Kritikern der Anne-Frank-Tagebücher. 1989 verteidigte er in zwei großformatigen Zeitungsanzeigen Hitlers Kriegseröffnung zum 1. September 1939 gegenüber Polen. Ostwald hatte unter anderem Kontakt zum rechtsextremen Arbeitskreis für deutsche Politik. Verteidigt wurde er von **Hans-Günther Eisenecker** (Schwerin), der Berufung gegen das Urteil ankündigte.

Revanchismus

Die XI. Sudetendeutsche Bundesversammlung hat in München die Führungsspitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) neu gewählt. Als Bundesvorsitzender wurde **Franz Neubauer**, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und Autor in der verfassungsfeindlichen Reihe „Deutsche Geschichte“ der Verlagsgemeinschaft Berg (VGB), bestätigt. Als stellvertretende Bundesvorsitzender der SL wurden **Bernd Posselt** (CSU), **Hans Klein** (CSU) und **Fritz Wittmann** (BdV) gewählt. Im Vorstand ist auch **Siegfried Zoglmann**, Funktionär des revanchistischen „Witiko-Bundes“, vertreten.

Andreas Speit

„Deutsche Konservative“

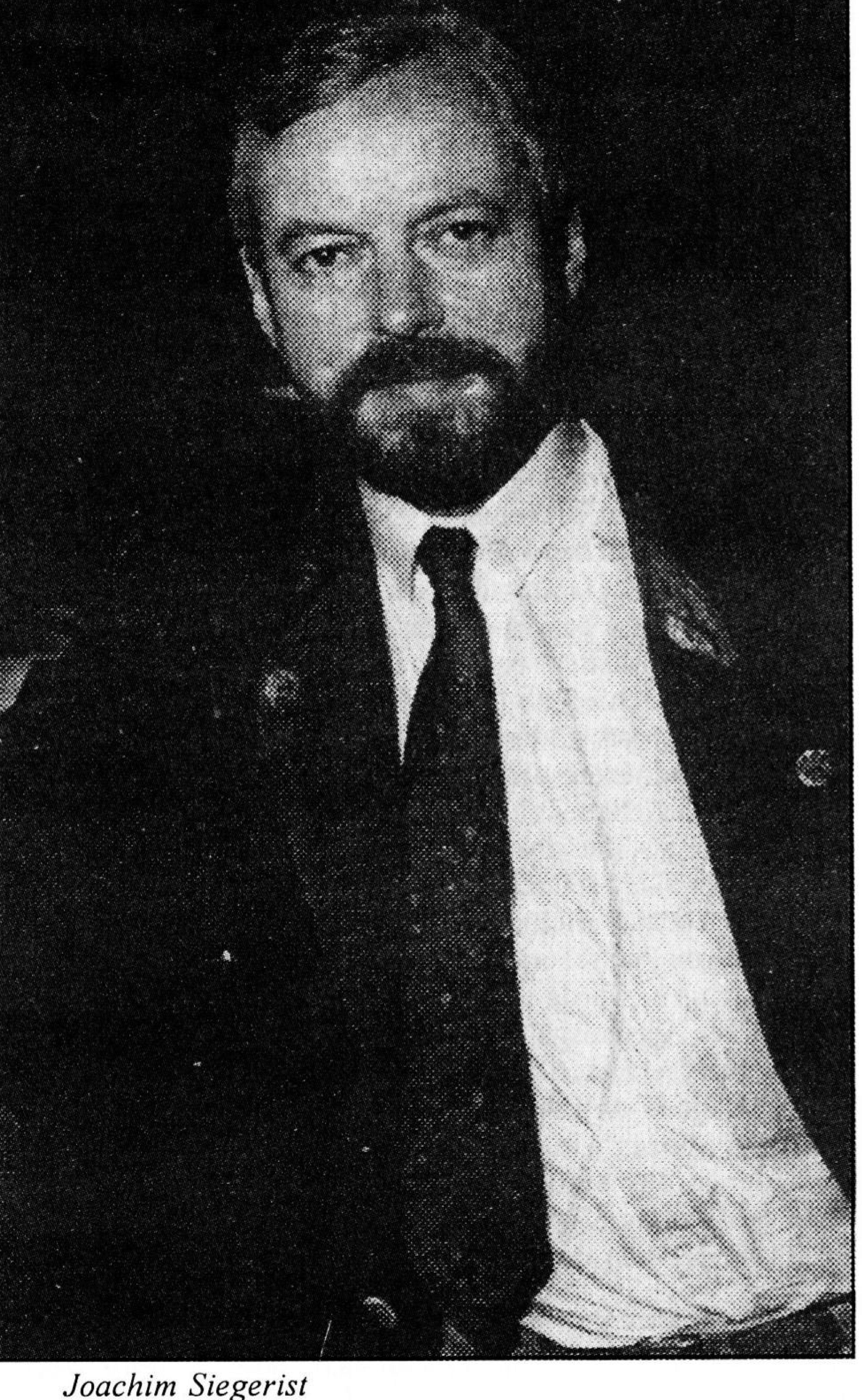
Berufungsverfahren wegen Volksverhetzung

Das Berufungsverfahren gegen Joachim Siegerist, Vorsitzender der „Deutschen Konservativen e.V.“ sowie Abgeordneter des lettischen Parlaments und seinen Geschäftsführer, Uwe Hempen, ist geplatzt. Voraussichtlich wird im Herbst das Verfahren wegen Volksverhetzung neu aufgerollt.

Nachdem der Prozeß am 14. März am Hamburger Landesgericht kaum begonnen hatte, wurde er unterbrochen. Die Verteidigerin von **Uwe Hempen**, (50) Leonore Gottschalk-Solger, legte ihr Mandat nieder, da es zu Meinungsverschiedenheiten mit ihrem Klienten und den Verteidigern des Hauptangeklagten **Joachim Siegerist** (49) gekommen war. Diese Probleme hat Siegerist nicht. Er ist seinem Verteidiger, dem ehemaligen Franz-Josef-Strauß-Anwalt, Dr. **Günther Ossman**, treu geblieben. Schon 1994 hatte er ihn in erster Instanz vertreten.

In dem Verfahren legte das Amtsgericht Hamburg den beiden zur Last in zwei Rundschreiben der „Deutschen Konservativen“ vom 17. August und 12. Oktober 1992 (Auflage 17.000), „die Zigeuner“ als „durchweg ein übles, kriminelles Pack“ betitelt zu haben, das sich „bei uns aufführt, wie von Nazis verfolgte Juden“, die „rauben, stehlen, betrügen, erpressen und bedrohen“ und „Kinder wie Karnikel“ zeugen. Nach dem Rundbrief flossen 85.000 DM an Spenden unter dem Stichwort „Zigeuner“. Wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilte das Amtsgericht Siegerist zu einer Freiheitsstrafe von achtzehn Monaten und Uwe Hempen, der mitverantwortlich zeichnete, bekam eine Bewährungsstrafe von acht Monaten und eine Geldstrafe von 25.000 DM. Die Spendengelder wurden durch einen richterlichen Beschluß eingezogen. Der Staatsanwaltschaft war dies zu wenig, den Verurteilten zuviel, so daß beide Rechtsmittel einlegten.

Nach eigenen Angaben hat der eingetragene Verein, mit Sitz in Hamburg, 25 Mitglieder. Siegerist, der sich früher bei „Bild“ und als „Hörzu“-Chefreporter verdingte, betont jedoch, daß sie 25.000 „finanzielle Förderer“ hätten. 1986 spalteten sich die „Deutschen Konservativen“, bis September des Jahres „Konservative Aktion Deutschland e.V.“, von der „Konservativen Aktion“ ab, die u.a. von **Gerhard Löwenthal, Casper von Schrenck-Notzing** und **Klaus Motschmann** getragen wurde. In Hamburg sollte die „Konservative Aktion“, nach den Vorstellungen von Siegerist, Löwenthal und **Ludek Pachmann**, bei den Bürgerschaftswahlen 1987 als nationale Wahlformation dienen. Ohne großen Erfolg, sie erhielten 0,1 % der Stimmen.



Joachim Siegerist

Neben den Rundbriefen betreiben die „Deutschen Konservativen“ in Hannover ein „Politisches Sorgen-Telefon“. Alljährlich führen sie in Garmisch ein Seminar durch.

Im Hintergrund der „Deutschen Konservativen“ steht Siegerists „Wirtschafts- und Verbands-PR GmbH-Verlag“ (WPR-Verlag), über den seine Publikationen vertrieben werden, u.a.: „Willy Brandt - das Ende einer Legende“, „Neue Enthüllungen, Das Testament des Uwe Barschel und andere faszinierende Reportagen“, „Genosse Kandidat, Alles über Lafontaine“ und „Wie es wirklich war, Todesfabriken der Kommunisten“. Außerdem liefern sie den Brief eines abgetriebenen Babys „an meine Mama, die ich nie gesehen habe“, samt Plastik-Embryo.

Neben dem „Schutz des ungeborenen Lebens“ kümmert sich Siegerist um die Beibehaltung der D-Mark. Früher setzte er sich noch für die Freilassung von Rudolf Heß ein und war als Wahlkampfpromoter für Manfred Kanther, Ernst Albrecht, Uwe Barschel und Gerhard Stoltenberg aktiv.

Zusätzlich engagiert sich Siegerist, seit 1991, unter dem Namen **Joachim Zigerist** in Lettland. Die lettische Staatsbürgerschaft besitzt er seit 1992, dank seiner lettischen Verwandten, die 1940 dort lebten. Die ersten politischen Kontakte knüpfte er bei der „Lettischen Bewegung der Nationalen Unabhängigen“. 1993 zog er auf einem Listenplatz dieser national-konservativen Partei ins lettische Parlament, welche ihn aber im August letzten Jahres ausschlossen, da er sein Mandat ungenügend wahrnahm. Daraufhin rief er die Partei „Für Lettland“ („Latvijai“) ins Leben, die bei den lettischen Parlamentswahlen 1995 15 Prozent der Stimmen erhielten und drittstärkste Kraft wurde. Die erhoffte Regierungsbeteiligung blieb jedoch aus.

In Riga besitzt Siegerist zwei Geschäftshäuser und im letzten Jahr hat er ein sechs Hektar großes Grundstück in „traumhafter Lage“ für 50.000 DM erworben. Im Rundbrief vom Oktober 1995 warb er für Spenden, um auf dem Gelände seine „Träume von (einer) Schulungs- und Begegnungsstätte zu realisieren“. Ob die von ihm kalkulierten 350.000 DM für eine 500 Quadratmeter umfassende Wohnfläche für 50 Personen zusammen gekommen sind, verrät er im Februar-Rundbrief dieses Jahres nicht. Statt dessen bittet er erneut um Geld für eine angestrebte Anzeige wegen „Volksverhetzung“ gegen den Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller, aufgrund dessen Äußerungen nach dem Brandanschlag in Lübeck.

Juristische Erfahrungen hat Siegers im Laufe seiner politischen Karriere bereits gesammelt. 1989 verurteilte man ihn in Hamburg zu einer Geldstrafe von 15.000 DM, weil er Willy Brandt als „Vaterlandsverräter“ betitelte. Desweiteren wirft ihm das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen“ vor, in Lettland auf undurchschaubare Weise politische und „humane“ Aktivitäten zu vermengen. Insbesonder die von ihm geleitet „Aktion Reiskorn e.V.“ fiel 1993 in diesem Kontext auf: Spenden für Waisenkinder aus der Aktion landeten in seinen Geschäften in Riga. Daneben ermittelt die hamburgische Zollfahndung wegen des Verdachts auf Antiquitätenschmugel und Bestechung von lettischen Zollbeamten.

Bei der Eröffnung des Berufungsverfahrens verlas Hempen eine Erklärung, in der er sich als „weitgehend unpolitischen Menschen“ bezeichnete. Die Inhalte der Rundbriefe, so betonte er, seien ihm nicht bekannt gewesen. Ins rechte Licht wollte sich auch Sigerist rükken; er verkündete, vor laufenden Kameras, daß er nicht „rechtsradikal“, sondern „christlich-konservativ-sozial“ gesinnt sei. Da Uwe Hempen es nicht schaffte, bis Mittwoch den 20. März einen neuen Rechtsbeistand zu organisieren, um, wie Richterin Barbara Salesch verkündete, ein „faires Verfahren zu gewährleisten“, fiel dieses noch vor dem zweiten Gerichtstermin ins Wasser.

Serie: Kapital und Neo-Faschismus

In den folgenden Ausgaben soll im Rechten Rand auf kapitale Hintergründe des organisierten Neo-Faschismus aufmerksam gemacht werden. In dieser Ausgabe schreibt Raimund Hethey über die Finanzierung neo-faschistischer Logistik in Polen durch den Möbelkonzern Bruno Steinhoff aus Westerstede im Ammerland (Niedersachsen) und von neueren Geschäften des Immobilienhändlers Hartmut Heger aus Wilhelmshaven, bzw. Saalfeld.

Raimund Hethey

Möbel aus der DDR und Kohle für die Wiking-Jugend

„Die Firmengruppe Steinhoff hat nach der Wiedervereinigung acht Betriebe in den neuen Ländern von der Treuhand gekauft. Sie folgte dem Ruf der Politik und der allgemeinen Aufbruchstimmung", erklärte Firmengründer Bruno Steinhoffanläßlich einer Pressekonferenz am 30.September 1993 in Erfurt. Drei Jahre nach der Annexion der DDR war die Stimmung im Hause Steinhoff bestens.

Zu Beginn seiner unternehmerischen Tätigkeit (1964) interessierte sich der Westersteder Möbelhändler für den Verkauf von Kartoffeln und das DDR-Geschäft. Von dort bezog er seine ersten Möbel, 10.000 Schalensessel, die er im Westen verhökerte. Die Geschäftsbeziehungen, auch zu Möbelherstellern in Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und der CSFR, bauten auf die frühen DDR-Kontakte auf. 30 Jahre später rechnete die Steinhoff GmbH & Co. Handelsbeteiligungs KG mit einem Umsatz von über 800 Millionen DM, gegenüber 752 Millionen DM aus dem Jahr 1994. Das Umsatzziel 1995 entsprach „mehr als dem Doppelten des Umsatzes von 1990" war der FAZ vom 10. Mai 1995 zu entnehmen. Die taz lobte ausdrücklich den Post-Wende Einsatz von **Bruno Steinhoff**: „Die jetzt 30 Jahre bestehende Gruppe mit 19 rechtlich selbständigen Vertriebsschienen hat ihre besonders lebhafte Expansion nach der Wende begonnen."

Inzwischen läßt Steinhoff in Polen, der Ukraine und Ungarn billig Möbel produzieren. Das Gros seiner Beschäftigten ist in den alten Bundesländern beschäftigt. Dort möchte Steinhoff - wie viele andere Unternehmer auch - die Arbeitsbedingungen verändert haben. Damit der „Standort Deutschland" gerettet werde, müßten nach seiner Auffassung Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, Karenztage im Krankheitsfall und flexiblere Jahresarbeitszeiten her. Steinhoff setzt auf „Lohnveredelung", d.h. Vorprodukte werden in Ländern hergestellt, in denen die Löhne niedriger sind als in der Bundesrepublik Deutschland. Dorthin fließen die Kapitalgewinne, die zum Teil aus Subventionsmitteln für seinen Ost-Einsatz bestehen. Seit der Wende hat Steinhoff in seinen GmbHs das Grundkapital kräftig aufgestockt. Seine goldene Nase büßte 1994 an Glanz ein: Denn der rührige Unternehmer wanderte vorübergehend in den Knast von Cottbus. Die Staatsanwaltschaft Cottbus hatte einen Haftbefehl in Zusammenhang mit zwielichtigen Immobiliengeschäften wegen Verdacht auf Untreue und Steuerhinterziehung beantragt. Nach der Hinterlegung einer Kaution von 2 Millionen DM wurde Steinhoff, der alle Vorwürfe vonseiten des Gerichts bestritt, wieder auf freiem Fuß gesetzt.

Die Firma Bruno STEINHOFF Möbel; Holzbe- und verarbeitung; Groß- und Außenhandel GmbH aus Westerstede kümmerte sich auch um „deutschstämmige" Polen und „deutsche Kultur". Die NordWest-Zeitung, deren Geschäftsführer **Reinhard Köser** aktiver Unterstützer der „Internationalen Liga für Menschenrechte" (IGFM) und Abonnent der faschistoiden „Jungen Freiheit" ist, begleitete die Spendenaktion wohlwollend publizistisch.



Bruno Steinhoff

„Für viele deutschstämmige Polen in der oberschlesischen Stadt Hindenburg (Zabrze) hat Weihnachten dieses Jahr schon etwas früher stattgefunden. Seit der blauweiße Lkw der Westersteder Möbelfirma Steinhoff, offiziell als Rot-Kreuz-Transporter gekennzeichnet, in Polen eintraf, ist die Versorgung der unter einfachsten Bedingungen lebenden Schlesier zumindest für die nächsten Wochen gesichert. An Bord hatte der Container aus dem Ammerland aber nicht nur Lebensmittel, abgeladen werden konnten in Hindenburg auch Möbel, Medikamente, Schulbücher, Tafeln, Radiogeräte und Fernseher. Die Einrichtungsgegenstände stehen jetzt schon in einem stark renovierungsbedürftigen Gebäude, das sich der Deutsche Freundschaftskreis in Schlesien zu einer Gemeinschaftseinrichtung umbaut - ein Projekt mit Modellcharakter, wie kürzlich auch die Arbeitsgemeinschaft für Menschenrechte im Osten (AGMO) anerkennend feststellte. Aber erst, wenn wichtige Vorarbeiten erledigt sind, kann mit der Aufgabe begonnen werden, die sich der Freundschaftskreis Schlesien gestellt hat: Die Erhaltung der deutschen Kultur.(...) Während die große Möbelfirma die Finanzierung des Transportes übernahm, spendete das Westersteder Textilunternehmen Henken einen großen Posten neuer Kleidung und Meica stellte Fleischwaren zur Verfügung."[1]

Wer da von der Möbelfirma gesponsort wird, enthüllt Franziska Hundseder in ihrem Buch „Rechte machen Kasse"[2], das mit guter Recherchearbeit besticht aber leider schlechte Analysen liefert. Der Alt-Nazi **Herbert Raschka** (Jg. 1931) war der Empfänger der Steinhoff-Spende (Hundseder nennt den Firmennamen nicht) von 380.000 DM (!). Die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" kommentierte das Ereignis: „Damit wurde das Haus des Deutschen Freundschaftskreises in Mikulczyce (Klausberg) ausgestattet. Dort haben die Wiking-Jugend, die Niederschlesische Volkstumsjugend, die Deutsche Volksversammlung oder eben auch NPD-Funktionär und Hilfswerk-Vorsitzender **Klaus Hoffmann** Quartier bei ihren Schlesien-Fahrten bezogen" (Deutsche Stimme 10/11 1992).

Der Neo-Faschist **Günter Boschütz** (Mitglied der verbotenen „Nationalen Offensive" und Mitorganisator des „Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" in Fulda 1993), der aufgrund seiner faschistischen Umtriebe inzwischen Einreiseverbot in Polen hat, sollte den Transport übernehmen.

SPD-Vogel als Initiator für (neo-) faschistische Geschäfte

Vermittelt wurde die satte Spende von dem SPD-Politiker **Hans-Jochen Vogel**. Er hatte Raschka nichtsahnend (so Hundseder) zu einem Empfang für die deutsche Minderheit ins Hotel Marriot in Warschau eingeladen. Dort, so erzählte Raschka, habe er sein Leid geklagt über die schlechte Ausstattung der Geschäftsstelle des Deutschen Freundschaftskreises in Klausberg. Daraufhin sei er mit dem Unternehmer aus Westerstede bekannt gemacht worden, der eine große Möbelfabrik hat. Von diesem sei dann tatsächlich ein riesiger Container aus Deutschland angerollt, so daß die Häuser in der kleinen Straße in Klausberg, in

der Raschka wohnt, von der Erschütterung gewackelt hätten. Und in dem Container sei alles gewesen, was man so braucht, um ein Büro und eine Begegnungsstätte einzurichten, von gepolsterten Sesseln bis zum Schukostecker [Vgl. Hundseder, S. 100f.] Das „Deutsche Rote Kreuz" (DRK) und das „Technische Hilfswerk" (THW) verdienen an dieser Art Samaritertum genauso wie die neo-faschistischen Organisationen.

Wohlgemerkt: steuerlich abzugsfähig wäre eine Steinhoff-Spende auch für die Stiftung „Deutsch-Polnische Versöhnung." Die 1991 gegründete Stiftung erhielt von der Bundesregierung 500 Millionen Mark als einmaligen Betrag für die Opfer des Nationalsozialismus zur Verfügung gestellt. Aus diesem Fonds wurden bisher etwa 250.000 ehemalige Zwangsarbeiter, Häftlinge und verfolgte Kinder mit Geldsummen zwischen umgerechnet etwa 400 bis ca. 2000 Mark unterstützt. Der Sprecher der Stiftung, Herr Podsiadlo, äußerte sich kritisch über deutsche Firmen, die während des Zweiten Weltkrieges den Vorteil aus der Sklavenarbeit gezogen und bisher keine Bereitschaft gezeigt hätten, sich an der Lösung des Problems der polnischen Nazi-Opfer zu beteiligen. Bruno Steinhoff (Jg. 1928) hat seine wirtschaftliche Karriere nach 1945 begonnen, war aber als Repräsentant der niedersächsischen Wirtschaft häufiger in Polen, wo er das Spendengeschäft mit Herbert Raschka abwickelte.

BREMER LANDESBANK

Anlage zum Bewilligungsschreiben vom 13.03.1992 Objekt-Nr. 6324816004
an Herrn Hartmut Heger, Wilhelmshaven

Die Auszahlung werden wir vornehmen, wenn die nachstehend gekennzeichneten Voraussetzungen erfüllt sind bzw. Unterlagen vorliegen.

Abtretung der im Grundbuch von Wilhelmshaven Band 860 Blatt 29629 in Abt. II unter Nr. 18 und Nr. 19 an rangerster Stelle eingetragenen Grundpfandrechte von DM 1.420.000,-- sowie DM 520.000,-- an uns, die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale - in Bremen, Niederlassung Oldenburg (gleichrangige Belastungen dürfen nicht vorhanden sein).

Vorlage folgender Unterlagen:

- Darlehnsvertrag über DM 375.000,--
- Allgemeine Darlehnsbedingungen
- Grundbuchauszug (beglaubigt) nach Eintragung der Abtretung der Grundpfandrechte
- Überweisungsauftrag (Entwurf liegt an)
- Einzugsermächtigung (sofern Einzug der Liestungen erfolgen soll)

Bremer Landesbank

Auszug aus Dokumenten, die dem Rechten Rand anonym zugespielt wurden. Der ex-NPD-Unterstützer Hartmut Heger jongliert heute mit großen Summen und macht in Immobilien.

Geschäfte ausangeblicher Heimatliebe

„Ich weiß überhaupt nicht, wie es zu solchen abstrusen Vorstellungen kommen kann. Ich habe mit irgendwelchen rechtsextremen nationalistischen oder nationalsozialistischen Dingen nichts zu tun", wird in der Ostfriesischen Zeitung (OZ) vom 20. April (!), der als (Neo-) Faschist bekannte **Hartmut Heger** zitiert.

Hintergrund der Geschichte: Zwei Ratsmitglieder der Gemeinde Friedeburg/Ostfriesland hatten den Gemeindedirektor darauf aufmerksam gemacht, daß der neue Besitzer der historischen Burganlage als „Republikaner" bekannt sei. Der Gemeindedirektor teilte daraufhin Heger, der von der OZ als „Investor" tituliert wird, in einem Gespräch mit, daß sich zwei Ratsherren Sorgen machen würden. Heger erklärte der OZ zufolge, daß es in der Tat richtig sei, daß er sich mal bei den Republikanern engagiert habe. Republikaner und Nationalsozialismus. Dazwischen hätten für ihn stets Welten gelegen." Das hat sein früherer Parteivorsitzender Schönhuber anders gesehen. Der war stets darum bemüht, aller Öffentlichkeit stolz zu erzählen, daß er damals dabei gewesen sei. Bei der mörderischen und verbrecherischen Waffen-SS.

Heger selbst hat natürlich die Details seiner politischen Karriere geflissentlich verschwiegen. Über seine Verbindungen zu dem gewaltbereiten **Hans-Michael Fiedler** (NPD), von seiner Verurteilung wegen Körperverletzung, weil er 1984 auf dem Bonner Kaiserplatz im Rahmen einer Veranstaltung des Gesamtdeutschen Studentenverbandes (GDS), zusammen mit **Siegfried „SS-Siggi" Borchardt** (damals FAP) und **Meinolf Elbing** (damals NF) „Punks" verprügelt hatte, über seine spektakulären Bordell-Besuche und seine jahrelange Zuammenarbeit mit dem mehrfach verurteilten Neo-Faschisten und Waffen-SS-Fanatiker, **Thorsten de Vries**, mit dem er auch schon mal den Wahlerfolg der DVU in Bremen zusammen mit Dr. **Gerhard Frey** feierte, erwähnte er natürlich nicht [siehe auch „Der Rechte Rand", Nr. 18, 1992, S. 21f.].

Inzwischen fühlt sich Hartmut Heger in höheren Gesellschaftsetagen zuhause und gibt sich neuerdings als Geschäftsmann aus Thüringen aus, wobei er auf seinen Daimler mit Wilhelmshavener Kennzeichen nicht verzichten mag. In der ostfriesischen Gemeinde tritt er als heimatverbundener Kulturmäzen auf. In der OZ erinnert sich Heger an frühe Zeiten, wobei nicht klar ist, ob er an Wehrsportübungen aus den späten 70er und frühen 80er Jahren denkt, als die militante „Nationale Jugend Ostfriesland" (NJO) dort ihr Unwesen trieb. „Das Problem war, daß die Gemeinde Friedeburg ein Kulturgut hatte, was sie hat letzten Endes verfallen lassen und ihre Mühle, die durchaus noch reparaturfähig war, verkauft hat. Dann sei folgendes passiert, der Mühlenstumpf blieb. Ich benötige den Mühlenstumpf gar nicht. Ich wäre froh, wenn ihn ein anderer aufbaut", meinte Heger. Das Müllerhaus habe er erworben, um es wirtschaftlich zu nutzen. „Ich will da später 'mal ein Cafe hineinbauen. Geld in irgendwelche sektiererischen Pseudo-Organisationen zu stecken. Auf diesem Niveau diskutiere er nicht." Und ganz beherzt heischt er um Wohlwollen in der Öffentlichkeit: „Ich mache es nur, weil ich zu Friedeburg eine gewisse verwandtschaftliche Beziehung habe und als Kind viele schöne Stunden dort verbracht habe. Von daher kenne ich das Projekt. Wenn Sie so wollen ist es Mäzenatum, was ich dort mache. Es geht nur um ein Sachthema." Und dieses Thema laute: „Wie können wir der Gemeinde Friedeburg wieder ihr Wahrzeichen zurückgeben. Um mehr geht es gar nicht."

Die beinahe 300.000 DM für das Grundstück und die Millionen für die „Restauration" werden ihm vermutlich wie gehabt von einer norddeutschen Bank zur Verfügung gestellt. Nach wie vor arbeitet Heger mit derselben Methode: Gründung einer GbR, Darlehen für kurzfristige Investition, oberflächliche Erneuerungsarbeiten, meist unter Mitwirkung von Nazi-Kumpels, kurzzeitige Verpachtung und dann nichts wie abzocken. In diesem Fall dürften einige Mark Denkmalschutzgelder in Hegers Taschen fließen. Aus denen wird dann wieder die eine oder andere Mark für Wahlkampfunterstützung (neo)-faschistischer Organisationen bestimmt sein. Ende April tagt der Bauverwaltungsausschuß der Gemeinde Friedeburg. Ein Tagesordnungspunkt wird sich mit dem „Investor" Hartmut Heger befassen.

[1][ott]: „Schlesier leben in bitterer Armut. Steinhoff schickte Hilfstransport, in: NWZ (Ammerländer) vom 23.12.1993

[2]Hundseder, Franziska: Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziers der braunen Szene, München: Droemer Knaur 1995

Raimund Hethey

Wie ein Elefant im Porzellanladen

Antifa-Edition zerschlägt linken Faschismusbegriff

Kaum eine Antifa-Initiative, kaum ein Antifa-Blatt wie Der Rechte Rand, Antifa-Infoblatt (Berlin), Atze (Kiel) usw., deren MitarbeiterInnen nicht vor mehr als einem Jahr einen freundlich bittenden Brief von der „antifa-edition" beim Elefantenpress Verlag erhalten hat.

Unterzeichner Jens Mecklenburg holte sich von überall her Tips, Ratschläge und vor allem Mitarbeit und machte natürlich gleichzeitig Werbung für sein Produkt. Am Ende hatte er seinen Sack voller Ideen und eine Menge AutorInnen für seine Reihe, die oberflächlich betrachtet, ganz gut aussah. Jens hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er Geschäfte machen will - und wo die gemacht werden fallen bekanntlich auch Späne. Inzwischen hat es handfeste Auseinandersetzungen um inhaltliche Positionen gegeben.

Ausgangspunkt des Konfliktes waren kontroverse Positionen zu dem Gebrauch des Begriffes „Faschismus". Der Bundeswehrhochschullehrer Prof. Wolfgang Gessenharter polemisiert in dem „Antifa-reader", der Ende April auf dem Markt erscheint, in einem „Überblick" zum „Rechtsextremismus in Deutschland" gegen die Antifa: „Ich selbst verwende den Begriff 'Faschismus' nicht, weil ich ihn für die Analyse der Probleme des rechten Lagers für zu unspezifisch halte, zudem viele Elemente des Rechtsextremismus nachgewiesenermaßen auch unter nicht-kapitalistischen Verhältnissen wachsen und, schließlich, weil mir auch bisweilen die Rechthaberei mancher Antifaschisten regelrecht auf den Nerv geht."

Weitere grobe sachliche Fehler, wie z.B. die Behauptung, „daß nach dem 2. Weltkrieg und dem Niedergang des NS-Reiches" (...) „kaum jemand am NS-Erbe unmittelbar anknüpfen wollte", führen schließlich zu der falschen Einschätzung von Personen und deren politischem Handeln, wie etwa im Fall von Armin Mohler, der bei Gessenharter als „Neuer Rechter" durchgeht, obwohl er nie einen Zweifel an seiner Zugehörigkeit zum europäischen Faschismus gelassen hat. Gessenharters Position sollte für den „Reader" verbindlich sein. Der sprachlichen Einheit wegen, forderte Herausgeber Mecklenburg und verfälschte die Aussagen von Beiträgen mit der Ergänzung bzw. Ersetzung „Rechtsextremismus", wo „faschistisch", „neo-faschistisch", „faschistoid" usw. begrifflich verwendet wurde. Gegen diesen elementaren Eingriff in die „Autorenhoheit" mußte ich mich zu Wehr setzen. Die Verwendung der Begriffe „Rechtsextremimus" und „Faschismus" bzw. „Neo-Faschismus" ist keine Frage der Sprachrichtigkeit sondern des Inhalts und der jeweiligen Position der VerfasserInnen. Jemand der Kontinuitäten des Faschismus über 1945 hinaus leugnet, muß zwangsläufig auf neue Begriffe wie „Rechtsradikalismus", „Rechtsextremismus" usw. zurückgreifen.

Höhepunkt der Auseinandersetzung ist der Vertragsbruch des Herausgebers, der mich aufgrund meiner Weigerung, meine seit etlichen Jahren auch veröffentlichte inhaltliche Position (über die ich gerne mit mir streiten lasse) zu verlassen, von der vertraglich vereinbarten Mitarbeit ausschloß.

Auf diesem Wege muß ich mich bei all den Personen entschuldigen, denen ich geraten habe, bei der „antifa-edition" mitzuwirken. Ich glaube, daß die aktiven Antifas etwas besseres produzieren können als einen Antirechtsextremismus-Reader.

Andreas Speit

„Potentielle Mörder" in Heidelberg?

Nur eine „Güterabwägung", um sich nicht mit „polizeipolitischen Überlegungen" zu belasten und einer Eskalation entgegenzuwirken, hat die Organisatoren des Kongresses „Science/Fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" dazu bewogen, den geladenen Bioethiker und Euthanasiebefürworter Peter Singer auszuladen.

Auf dem Heidelberger Kongreß vom 1. bis 5.Mai 1996, ausgerichtet vom „Institut für systematische Forschung" und der „Internationalen Gesellschaft für systematische Therapie", sollte **Peter Singer** unter dem Titel „Vernunft und Fundamentalismus in der Ethik" seine Thesen und Visionen darstellen.

In einer Presseerklärung betonten die Organisatoren, sie bedauerten, mit der Ausladung zur Diskriminierung Singers beizutragen, schließlich müßten seine Ansichten nicht tabuisiert sondern diskutiert werden. Daß der Leiter des „Instituts of Human-Bioethic", an der Monash-University in Melbourne, **Peter Singer**, spätestens seit 1989 in der Bundesrepublik Thema ist, stört nicht, ebenso wenig, daß Singers „Praktische Ethik" in der Tradition von „Heilen und Vernichten" steht, die die Zwangssterilisationen und Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich, eingebettet in die NS-Gesundheits- und Sozialpolitik, mit ermöglichte. Deutlich und ohne Umschweife legen dies **Hans-Rudi Fischer** und **Fritz B. Simon**, beide vom „Institut für Systematische Forschung", das führend in der Einzel-, Paar- und Familientherapie ist, in einen Interview in der taz vom 15.4.1996 dar. Für den Einwand, „daß Singer eine Denktradition vertritt, die zu der Haltung der Ärzte im Nationalsozialismus geführt hat", zeigt Simon Verständnis. Er nehme diesen Einwand „sehr ernst", aber dies sei für ihn „kein Grund, ihn nicht einzuladen". Desweiteren, so Simon, bestimme „diese Denktradition (...) weite Teile der Medizin heute noch, die ganze Transplantationsmedizin zum Beispiel geschieht unter utilitaristischen Gesichtspunkten", und „man hat das nicht vom Tisch, wenn Singer in Australien bleibt". Inwieweit man „sie vom Tisch hat", wenn einer ihrer prominentesten Vertreter das Wort erhält und sie weiter aufgetischt wird, beantwortet Simon nicht. Für Hans-Rudi Fischer ist dies nicht so sehr die Frage und das Problem: „Die Ethik versucht als Theorie eine Landkarte zur Verfügung zu stellen, mit der man sich in der Landschaft orientieren kann. Wir haben das Problem, daß sich die Landschaft, sprich unser faktisches Handeln im Grenzbereich von Leben und Tod, in den letzten dreißig Jahren durch den medizinischen Fortschritt unglaublich verändert hat und die Landkarte nicht mehr paßt. Was soll angepaßt werden: die Landkarte an die veränderte Landschaft, oder die Landschaft, sprich unser Handeln an die tradierte Ethik?".

Die Rhetorik dieser Frage, offenbarte sich in der Einladung Singers. Für Singer, wie für alle Bioethikerinnen und -ethiker, steht die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen nicht zur Debatte. Weder in ihren Schriften, seien es Singers und **Kuhses** gemeinsame Publikation „Muß dieses Kind am Leben bleiben?", noch an ihren Instituten, sei es das Bonner „Institut für Wissenschaft und Ethik", findet sich der Gedanke, das inhumane Bestehende zu hinterfragen. Praktische Lösungen, unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Kalkulationen und der Situation des Gesundheits- und Sozialwesens, werden gefordert und gesucht, Grenzen zwischen „lebenswert" und „-unwert" gezogen sowie Definitionen von „Person" und „Nicht-Person" formuliert. Was als Triumph subjektiver Realität erscheint und gern anhand von Einzelschicksalen durch die Bioethik festgemacht wird, ist die Unterwerfung alles Seienden unter das unmittelbar Vorfindliche. Die Bioethik soll die „neue Landkarte" für eine „barbarische Landschaft" werden, die Menschen selektiert und zur kostengünstigsten Eliminierung, nach der Verwertung, frei gibt.

Auch ohne Peter Singer bieten die Organisatoren für diese Debatte Forum und Podium. „Wer das Lebensrecht Behinderter in Frage stellt, ist potentiell auch ihr Mörder", formulierte Ernst Klee in seinem Absageschreiben, nachdem ihm bekannt wurde, daß Singer ebenso referieren sollte. Egal wie akademisch die Frage gestellt wird.

MELDUNGEN

Psychosekte

Der „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) darf nach einem Urteil des schweizerischen Bundesgerichtes als „Drogensekte“ und „sektenähnlicher Verein, der seine Anhänger psychisch manipuliere“, bezeichnet werden.

Rechte Ökologen

Die am 27./28.April 1991 als rechte ÖDP-Abspaltung gegründeten „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ feierten im Kneitinger-Keller in Regensburg ihr 5jähriges Bestehen. Zur Ehrenvorsitzenden des ca. 400 Mitglieder umfassenden Verbandes wurde die 71jährige **Margot Lauschke** gekürt. Für die „Bayernpartei“ überbrachte deren Landesvorsitzender, **Hubert Dorn** (Autor in „Wir Selbst“ und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“), ein Grußwort. Als Referent war **Friedrich Romig** (Autor in der „Jungen Freiheit“, „Criticon“, „Aula“) zugegen.

Rassismus - unionsnah

Kurt Ziesel, Herausgeber der unionsnahen Monatszeitschrift „Deutschland-Magazins“ (Sitz von Herausgeber und Verleger: Breitbrunn), diffamiert in der aktuellen Ausgabe (März; 28.Jahrgang) sozialdemokratische Politiker. So seien diese im Verbund mit Gewerkschaftern und Grünen verantwortlich für die „luxuriöse Ausweitung des Sozialstaates“. Ebenso rechnet er diesen den „Import von immer mehr Arbeitslosen durch Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen, die sich wahrheitswidrig als Asylanten ausgegeben“, an. Ganz im Stile von rechtsextremen Agitatoren hetzt Ziesel: „2,5 Millionen Ausländer, zumeist mit fragwürdigen Aufenthaltsrechten, sind arbeitslos. Holen wir uns also die Hälfte der Arbeitslosen selbst ins Land?“ Ziesel, frischgekürter Kulturpreisträger des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) feierte am 25.Februar seinen 85.Geburtstag. Gratuliert wurde ihm u.a. von einschlägigen Postillen wie dem „Eckartbote“ (Österreich) und „Nation+Europa“ (N+E; Bundesrepublik Deutschland). N+E lobt Ziesel, da dieser zwar für CDU/CSU „streite“, aber meist Positionen beziehe, „die rechts von der Union liegen“.

Weikersheim

Die Proteste gegen das „Studienzentrum Weikersheim“ haben der ultrarechten Denk- und Kaderschmiede offenbar nicht geschadet. Der Widerstand habe, so Geschäftsführer **Albrecht Jebens**, eine Welle der Solidarität ausgelöst. Allein von einer „namhaften Firma“ wurden 10.000 Mark gespendet und mehr als 50 Sympathisanten seien in den letzten Monaten Mitglieder des „Studienzentrums Weikersheim“ geworden. Damit scharen sich nach Informationen der lokalen „Tauberzeitung“ rund 650 Gleichgesinnte um den Gründer des Vereins, **Hans Filbinger**. 30 Unternehmen sind als Vereinsmitglieder eingetragen. Zur Nachwuchsorganisation „Junges Weikersheim“ gehören rund 80 Personen. Finanziell wird das „Studienzentrum“ u.a. von der „Hans Filbinger Stiftung“ unterstützt; rund 190.000 Mark sind mittlerweile zusammengekommen.

Juso bei Faschisten

Im baden-württembergischen Rastatt fand am 26.Januar eine Veranstaltung des Kulturgesprächskreises Rastatt unter Leitung von **Albert Lämmel** (78; geboren in Villach), Kopf des ultrarechten Einmann-“Arbeitskreises Demokratisches Geld-Steuer-Bodenrecht“ (Sitz: Rastatt/Baden-Württemberg), der den Zins als Grundübel der Welt einstuft, statt. Referent des Abends war der Leipziger **Sascha Jung** (SPD), Initiator und Führer des rechtspopulistischen „Hofgeismarer Kreises“, eines Splitters am Rande der sächsischen Jungsozialisten.

Mitleidstour

Verschwörungstheoretische Theorien verbreitet der Rechtsanwalt **Hans Günter Eisenecker** im Auftrag seines Mandanten **Meinolf Schönborn**(ex-Chef der verbotenen Nationalistischen Front). Einer Presseerklärung (15.01.d.J.) von Eisenecker ist zu entnehmen, daß in Teilen des „völkischen Lagers“ befürchtet wird, daß die „Diffamierung“ von Rechtsextremisten „die Vorbereitung der Bevölkerung der BRD darauf“ sei, „in Zukunft unter Mißachtung geltenden Rechts, der Menschenwürde und der Menschenrechte diese Menschengruppe rigoros und brutal zu verfolgen.“ Die zweiseitige Presseerklärung fabuliert von Bestrebungen, die im Gange seien, um Schönborn „als Mensch zu treffen, um ihn in menschenverachtender Weise in die Ausweglosigkeit, in die Vernichtung zu treiben.“ Schönborn, ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), wurde im November letzten Jahres vom Landgericht Dortmund zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Die Richter der Staatsschutzkammer sahen es als erwiesen an, daß Schönborn die 1985 gegründete NF auch nach dem Verbot durch Bundesinnenminister Kanther im November 1992 wie eine Partei fortgeführt habe.

DSU verschärft Rechtskurs

Auf einem ordentlichen Landesparteitag hat die Berliner DSU **Manfred Lauer** als neuen Landesvorsitzenden gewählt. Dieser bejaht eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsaußen-Kräften. Dazu die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ; Untertitel: „Zeitung der nationalen Erneuerung“), die der Neonazi **Frank Schwerdt** herausgibt: „Somit stellt sich die DSU in Berlin auf eindeutig nationalem Boden.“ DSU-Hauptstadtorgan ist die Parteipostille „Die Lupe“.

Fleissner verläßt Ullstein

Herbert Fleissner (am 2.Juni 1928 in Eger/Sudetenland geboren) ist aus dem Ullstein-Verlag, dessen programmverantwortlicher Geschäftsführer er seit 1984 war, ausgeschieden. Bereits im Dezember war eine Teilung des Verlagsimperiums Ullstein-Langen-Mülller angekündigt worden.

NIT-Berlin

Das „Nationale Infotelefon Berlin“ (NIT) hat Ende März seinen Betrieb eingestellt. Betreiber war der ehemalige Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“ **Ulli Boldt**. Boldt war darüber hinaus eine Zeitlang beim „Studienzentrum Weikersheim e.V.“ (SZW) aktiv, 1995 wurde Boldt, seit Januar 1994 Vorsitzender der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“, vom SZW ausgeschlossen, nachdem er dort „einige Jahre für die Jugendarbeit verantwortlich“ war. Zuletzt trat Boldt Anfang April öffentlich im Rahmen einer zweifelhaften Sendung eines privaten Fernsehsenders auf. Unter der alten Nummer des Berliner NIT heißt es nun lapidar: „Kein Anschluß unter dieser Nummer.“

Kein Einvernehmen zwischen „Junger Freiheit“ und Helmut Schmidt

In der ersten September-Ausgabe 1995 publizierte die „Junge Freiheit“ einen Beitrag von Helmut Schmidt anläßlich des 7. Todestages Franz Josef Strauss', aus dem Sammelband „Franz Josef Strauss, Erkenntnisse-Standpunkte-Ausblicke“. Angeblich, so die Vorbemerkungen der JF-Redaktion, mit Erlaubnis der Herausgeber Carl Carstens, Alfons Goppel, Henry Kissinger und Golo Mann. Nachdem Der Rechte Rand im Dezember letzten Jahres im Bonner Bundestagsbüro des Bundeskanzlers a.D. nachfragte, inwieweit Helmut Schmidt sein Einverständnis gegeben hätte, das ebenso wie das der Herausgeber, eingeholt werden muß (Der Rechte Rand Nr. 38), hat sich dies im Mai geklärt. Der „Jungen Freiheit“ lag weder eine Genehmigung der Herausgebers noch des Autors für diesen Abdruck vor. Der sozialdemokratische Bundeskanzler a.D. sieht aber von einer gerichtlichen Geltendmachung von Unterlassungs- und Schadensansprüchen ab. Indes forderte er den Herausgeber der „Jungen Freiheit“, **Dieter Stein**, auf, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Laut dieser verpflichtet sich die „Junge Freiheit“, „es bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe in Höhe von 20.000 DM zu unterlassen“, den Beitrag „ganz oder teilweise zu vervielfältigen und/ oder zu verbreiten“.

MELDUNGEN

Antisemitismus im Internet

Der österreichische Rechtsextremist **Peter Kurt Weiss,** einst FPÖ-Funktionär sowie Laienrichter des Salzburger Landgerichts und heute Vorsitzender des Sektierergrüppchens „Bürgerschutz Österreich" (BSÖ; Sitz:Salzburg), der im Januar auf einer Deutschlandtournee zum Thema „Weltkapitalismus - Diktatur der Weltgeschichte" referierte, hat sich mit übelster antisemitischer und neonazistischer Propaganda (Holocaust-Leugnung, Verharmlosung des NS-Regimes) ins Internet gewagt. Technisch unterstützt wurde Weiss durch den einschlägig bekannten Wiener Computerexperten **Franz Swoboda**, der im tschechischen Brünn eine „Orion Verlags-und Handels GmbH" betreibt. In einem Brief an den Wiener Stadtschulratspräsidenten Kurt Scholz, datiert mit 10.März 1995, hetzte Swoboda: „Wie lange noch wollen Sie unseren Kindern eine Kollektivschuld an den Judenverfolgungen einimpfen, während die linken Verbrecher und Juden auch heute noch Massenmorde, ethnische Säuberungen und Elend über die Völker bringen. ... Was in Ihren Schulen betrieben wird, ist kriminelle Geschichtsverdrehung." Nach Protesten des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes" (DÖW) wurde Weiß postwendend der Internet-Zugang gesperrt.

Auslands-Agitation

Österreichische Hochschulen erhielten in jüngster Zeit anonym zugestellte Postsendungen aus Polen. Beigefügt waren den Sendungen u.a. Leseproben der ns-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten" (UN; „Heimtarecht ist auch für uns Deutsche ein Menschenrecht!"), ein 5seitiges Positionspapier „Fünfzig Jahre Geschichtsfälschung" (Fazit: „Die Schuld am Elend, den Greueln und der zunehmenden Brutalisierung des II.Weltkrieges tragen (...) in erster Linie die Antigermanisten jeder Schattierung, nicht Hitler und die Deutschen. Der Vernichtungswille der Deutschenhasser hat auch eine faire Lösung der europäischen Judenfrage verhindert.") sowie Flugblätter mit dem Titel „Volkstreue Stimme". Darin werden demokratische Politiker diffamiert und von der „Stunde für einen neuen Aufbruch" geschwafelt. Gefordert wird: „Alle demokratischen Patrioten an einen Tisch, um die volksvergessenen Diätenbezieher durch wirkliche Volksvertreter zu ersetzen!" Verantwortlich für die „Volkstreue Stimme" zeichnet die 1977 gegründete „Aktion Freies Deutschland" (AFD; Sitz: Hess.-Lichtenau) des notorischen Rechtsextremisten **Wolfgang Juchem** (geb. 1940).

Abtritt aus dem Diesseits

Unter dem Schutz von Staatspolizei, Gendarmerie und der Sicherheitsdirektion für Burgenland erfolgte am 7. März die Beisetzung von **Tobias Portschy.** Wegen Bombendrohungen und Ankündigungen linker Demonstrationen war diese zeitlich vorgezogen worden. Der ehemalige NS-Gauleiter für das Land Burgenland, der sich selbst am 11. März 1938 auch zum Landeshauptmann ernannt hatte, ist moralisch verantwortlich für den Mord an 100.000 Sinti und Roma und leugnete öffentlich deren Vernichtung.

Satanssekte und Munitionsfunde

Eine rechte Satanssekte feiert in einem Stollen aus dem 2. Weltkrieg nahe des Innsbrucker Westbahnhofes schwarze Messen. Unlängst wurden neben einem Altar Schriften gefunden, die Nazismus und Rassismus verbreiten. Bereits vorher war der Stollen nach Munitionsfunden als Platz für verbotene Schießübungen erkannt worden. Die Ermittlungen der österreichischen Staatspolizei führten bisher zu dem in Graz herausgegebenen „Black Metal"-Magazin „The Art of Neocronomicon", welches selber Rassenhaß, Antisemitismus und nationalsozialistische Symbole verbreitet.

Bauernschaft eingestellt

Erst kürzlich hatte der in Kanada lebende deutschstämmige Nazi **Ernst Zündel** die Herausgeberschaft der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Die Bauernschaft" übernommen. Nun stellt sich wohl heraus, daß das Projekt finanziell nicht so lukrativ war, wie Zündel hoffte. Er erklärt in seinem Germania-Rundbrief: „Der Zeit-, Geld- und organisatorische Aufwand steht in keinem Verhältnis zu der Breitenwirkung der Zeitschrift." Sein Entschluß, die Zeitschrift einzustellen, verbindet er mit der Aufforderung künftig seine Germania-Rundbriefe zu beziehen.

Lesetips

Web of Hate

Detaillierte Informationen über Rechtsextremisten im Internet bieten die Broschüren „The Web of Hate. Extremists exploit the Internet“ und „Research Report. Hate Group Recruitment on the Internet“. Die Broschüren sind bei der „Anti-Defamation League“ (ADL), 823 United Nations Plaza, New York, NY 10017 USA zu beziehen.

Finanzier

Auf rund 150 Seiten dokumentiert das „Antifa-Archiv Solingen“ akribisch die rechtsextremen Umtriebe des Solinger „Baulöwen“ **Günther Kissel**. Anhand von Dokumenten wird offengelegt, daß Kissel rechtsextreme Gruppen wie die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), die NPD und die HIAG finanziert bzw. unterstützt (hat). Darüberhinaus ist er mit zahlreichen braunen Galionsfiguren befreundet - wie z.B. mit **Otto Ernst Remer** und **Thies Christophersen**. Die Broschüre kann zum Preis von DM 15,- bezogen werden: Antifa-Archiv Solingen, Postfach 100931, 42609 Solingen.

DVU im Landtag

Die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, hat eine Broschüre mit dem Titel „Der Feind steht rechts“ erstellt. Auf 16 Seiten wird sachkundig über Ideologie und Politik der rechtsextremen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) im schleswig-holsteinischen Landtag informiert.

Medien und fremdenfeindliche Gewalt

Je geringer der Stellenwert der Informationsangebote im Gesamtformat von Fernsehprogrammen ist (und er ist in privaten Programmen relativ gering), desto verkürzter ist in diesen Programmen auch die Berichterstattung über den Rechtsextremismus und die fremdenfeindliche Gewalt in der Bundesrepublik. Bei den privaten Fernsehprogrammen dominieren in Sachen Fernsehberichterstattung über Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt „Ereignisabhängigkeit, Oberflächlichkeit, Tendenz zu spektakulären Bildern“. Zu diesem Ergebnis kommt die rund 300 Seiten starke Studie „Gewalt von Rechts - (k)ein Fernsehthema? Zu Fernsehberichterstattung über Rechtsextremismus, Ausländer und Asyl in Deutschland“, die der Berliner Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Weiß im Rahmen der Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (Band 11) jüngst herausgegeben hat (ISBN 3-8100-1175-4). In zwei je sechswöchigen Stichproben wurden vor allem Beiträge der TV-Sender ARD, RTL und SAT 1 untersucht.

LeserInnenbrief

Betrifft: LeserInnenbrief zur Berichterstattung über die Proteste gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade in DER RECHTE RAND Nr.39, März/April 1996

In der Hoffnung, daß dies nicht in einen Leserbriefhickhack ausartet, möchte ich zu den der Aktion 3.Welt Saar gegenüber geäußerten Vorwürfen (Profilneurose, Verfälschende Darstellung und damit Vereinnahmung der zweiten Demo) kurz Stellung beziehen:

1. Es gab eine Kundgebung und **zwei** von unterschiedlichen Bündnissen getragene Demos gegen das Gelöbnis der Saarlandbrigade. So stand es in unserem Manuskript und wurde vom Rechten Rand ohne unser Wissen gekürzt. Somit sollte der Vorwurf der verfälschenden Darstellung an den Rechten Rand gerichtet werden.

2. Die Auseinandersetzungen, warum es letztendlich zu einem offenen und einem geschlossenen Bündnis und zu zwei Demos kam, haben wir in unserem Bericht in der Tat nicht aufgelistet. Die sind eben nicht nur mit ein, zwei Sätzen zu nennen, sondern sind komplexer. Bei einem Nachbereitungstreffen der beiden Bündnisse wurde eben genau an der Aufarbeitung dieser Auseinandersetzungen gearbeitet, auch wenn immer noch nicht alles geklärt werden konnte.

für die Aktion 3.Welt Saar
Ingrid Röder

Entschuldigung

In der Tat. Für die verfälschte Darstellung um die Aktivitäten gegen das Gelöbnis der Saarlandbrigade im November 1995 ist DER RECHTE RAND, oder vielmehr ich, als einer der Setzer, verantwortlich. Das ist fatal und leider auch nicht mehr rückgängig zu machen. Den Schuh, „ein Zensor“ zu sein, muß ich mir anziehen, obwohl keine böse Absicht hinter den Kürzungen steckte. Zu erklären ist die den Kontext des Artikels verfälschende Kürzung nur mit dem Stress, dem wir beim Endlayout der Zeitung unterliegen. Ich hoffe, daß ich keinen allzu großen Schaden für die antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte im Saarland angerichtet habe und das Eure Zusammmenarbeit sich in Zukunft positiver gestaltet als Ende letzten Jahres. Nochmals Entschuldigung, und bei der ersten besten Gelegenheit gebe ich einen aus.

Peter Gröger